

Johannes Magel

EDITORIAL

Der 22. Parteitag der DKP steht bevor. Es ist ein besonderer Parteitag. Die letzten Jahren waren davon geprägt – nach einer Periode revisionistischer Verirrungen, in die uns die ehemalige Parteiführung um Stehr, Mayer und Jürgensen geführt hat – sich unserer selbst zu vergewissern und des Anspruchs, eben nicht nur wieder irgendeine „marxistische linke“, sondern eine wirkliche kommunistische Partei sein zu wollen. Damit wurde ein Klärungsprozess eingeleitet, bei dem es jedoch nicht gelungen ist, bedauerliche Verluste von Genossinnen und Genossen sowohl am rechten, als auch am „linken“ Rand der Partei zu vermeiden.

Die Schwierigkeiten können aber über eines nicht hinwegtäuschen: Es gibt Ansätze zu einer neuen Einheit in der Partei. Es ist die Einheit derjenigen, die noch nicht auf alle aktuellen Probleme des Klassenkampfes eine Antwort haben, die sich aber darüber einig und im Klaren sind, auf welcher Grundlage diese Antworten nur gefunden werden können – nämlich nur auf der Grundlage der Lenin'schen Imperialismustheorie, einer antimonopolistischen Strategie, mit der Orientierung auf die Arbeiterklasse als revolutionären Subjekt und mit einem marxistisch-leninistischen Parteiverständnis auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus.

Der nächste Parteitag birgt die Chance, diese Einheit voran zu bringen. Sie besteht darin, die Partei zu befähigen, unser Selbstverständnis an der Wirklichkeit zu überprüfen: dem Eingreifen in die Klassenkämpfe unserer Zeit. Dazu brauchen wir eine Diskussion um die Präzisierung unserer Strategie und dazu brauchen wir eine Diskussion, um die Stärkung unserer Partei – und zwar weder als „Strömungspartei“ noch als „sektiererischer Haufen“, sondern als eine kommunistische Partei.

Ganz in diesem Sinne interpretieren wir die Rede unseres Vorsitzenden, des Gen. *Patrik Köbele*, die er beim Jahresauf-

takt der DKP auf dem LLL-Wochenende gehalten hat und die wir in Auszügen in diesem Heft dokumentieren.

Svetlana Ebert und *Johannes Magel* werfen in ihrem Artikel zu den aktuellen Vorgängen im Donbass ein Schlaglicht auf die komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in den dortigen Volksrepubliken.

Im Schwerpunkt des letzten Heftes hatten wir uns mit Blick auf den anstehenden Parteitag auf die Strategiediskussion fokussiert. Der Schwerpunkt dieses Heftes ist dem zweiten Ziel des Parteitags, der Stärkung unserer Partei gewidmet. Den Hintergrund dieser notwendigen Diskussion bildet die Anerkennung unserer gegenwärtigen Schwäche – eines desolaten organisationspolitischen Zustands unserer Partei. Der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip ist faktisch eher Anspruch als Wirklichkeit. Er ist zudem selbst als solcher noch umstritten. Das Prinzip des einheitlichen Handelns (bei Freiheit zum kollektiven Meinungsstreit) und der Beschlussverbindlichkeit wurde in der DKP noch nie so sehr infrage gestellt, was zuletzt – auch praktisch – z.B. im Rahmen des Bundestagswahlkampfes deutlich geworden ist. Die davon ausgehende Gefahr scheint uns oft noch unterschätzt zu werden.

Johannes Magel führt – gegen diese Gefahr gewendet – den Sinn und die Notwendigkeit von Parteidisziplin als Organisationsprinzip einer Kommunistischen Partei aus, die sich die Änderung des gesellschaftlichen Systems als Ziel gesetzt hat. Er verteidigt dieses Prinzip gegen Angriffe aus der Netzwerkfraktion und konkret gegen einen Beitrag des Gen. Georg Polikeit.

Auf die Befürchtung mancher Genossinnen und Genossen, Maßnahmen zur Abwehr der von der Fraktionsbildung der Netzwerker ausgehenden Gefahren würden die Handlungsfähigkeit der Partei ge-

fährden (und gegen die Behauptung einer solchen Gefahr durch manche Netzwerker) antwortet *Thomas Mehner* mit einer Klärstellung, worin die Handlungsfähigkeit einer Kommunistischen Partei sich gründet und wodurch sie tatsächlich gefährdet ist.

Eine Einordnung der gegenwärtigen Parteiauseinandersetzung in die Geschichte von Auseinandersetzung in unserer Partei ist Gegenstand des Beitrags von *Kurt Bauermann*. Indem er an die Auseinandersetzung mit den sogenannten „Erneuerern“ erinnert, versucht er Lehren aus der damaligen Parteidiskussion für den heutigen Konflikt nutzbar zu machen.

Jörg Högemann liefert eine – aus der Nähe betrachtete – Darstellung der Auseinandersetzung in München. Er hilft damit Genossinnen und Genossen, die – aus der Perspektive möglicherweise erbaulicherer eigener Erfahrungen vor Ort – die Schärfe und die drängende Notwendigkeit einer Lösung der Konflikte nicht nachvollziehen können.

In Anknüpfung an den Schwerpunkt unseres letzten Hefts bringt der Beitrag von *Richard Corell* eine stets lohnende Beschäftigung mit dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Gegen verkürzte und verfälschende Deutungen des 7. Weltkongresses, wie die Identifizierung von Volksfront-Orientierung als angebliches Konzept von breiten Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischer Kräfte, arbeitet der Beitrag die begründete Logik der dort gegebenen taktischen Orientierung heraus und betont: Einheitsfront und Volksfront bleiben Sandkastenspiele ohne eine starke Kommunistische Partei.

Besonders freuen können wir uns über einen Artikel des Gen. *Prof. Dr. Eike Köpf*, der passend zum 200. Geburtstag von Karl Marx einen Leitfaden zur (individuellen oder besser noch kollektiven) Arbeit an der Aneignung des Marxschen Werks bietet: „Nichts ist so praktisch wie eine solide Theorie“.

WEDER STRÖMUNGSPARTEI NOCH SEKTIERERISCHER HAUFEN

Zum Jahresauftakt der DKP, auf dem LLL-Wochenende, Anfang Januar in Berlin, hielt der Parteivorsitzende, Patrik Köbele eine Rede, die wir nachfolgend in Auszügen dokumentieren. Titel und Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion. Die ganze Rede ist auf news.dkp.de nachzulesen.

[...] Andere [Gen. der Netzwerkfraktion, Anm. d. Red.] sprechen davon, wie der „Partei Vorstand jahrelang“ die Debatte behindert, stattdessen Gräben vertieft und „linksradikele und sektiererische Auffassungen“ gefördert habe. Sie fordern „die Bereitschaft zum Kompromiss (...) aller Parteiströmungen“ und die „Einrichtung einer breit besetzten Kommission, die Wege für eine gemeinsame Zukunft aller Strömungen in der DKP erarbeiten soll.“ Wir stellen fest: Die DKP hat sich 1968 nicht als Strömungspartei, sondern als kommunistische Partei gegründet. Wir alle, auch die Genossinnen und Genossen, die das jetzt fordern, sind nicht in eine Strömungspartei, nicht in eine pluralistische Partei, sondern bewusst in eine kommunistische Partei eingetreten. Die DKP hat sich 1978 und 2006 Parteiprogramme erarbeitet, die nicht eine Strömungspartei definieren, sondern eine kommunistische Partei. Wir haben die Auseinandersetzung mit den Erneuerern und die Konterrevolution in den europäischen Ländern überlebt, nicht, weil wir Strömungspartei wurden, sondern weil wir kommunistische Partei blieben. [...]

Abrüsten statt aufrüsten

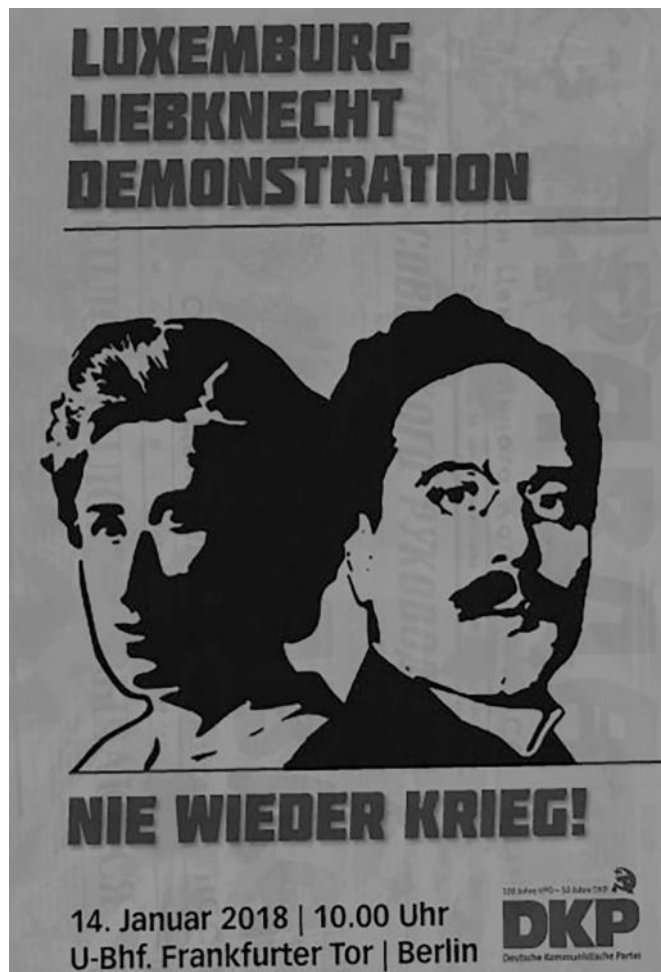
Es wird kaum berichtet, aber die CSU greift die Forderung den Rüstungshaushalt auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, ihn also nahezu zu verdoppeln, auf. Und – der SPD-Wehrbeauftragte spielt seine Rolle und sagt erst mal „nur“ auf 1,5 Prozent – das wären nach offiziellen Zahlen eine Erhöhung um mindestens 12 Milliarden Euro. Das abzuwehren wird und muss in der kommenden

Phase unser Hauptkampf sein. Der Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“ ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen Unterschriften sammeln im Umfeld, bei Nachbarn. Wir müssen es ausnutzen, dass auch führende Gewerkschafter/innen, Sozialdemokraten, Grüne ihn unterzeichnet haben – ja auch ich vermute Inkonsequenz, aber das öffnet uns Wege in Gewerkschaften und Betriebe. Kein Gewerkschaftstermin, keine Sitzung von Vertrauensleuten, keine Betriebsversammlung sollte vergehen, bei der wir nicht den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau verdeutlichen und um Unterschriften

unter diesen Aufruf werben. Wir müssen den Aufruf nutzen, um Ansätze einer Massenbewegung gegen Kriegspolitik zu entwickeln – ich denke ein Fokus muss dabei auf die Abwehr der 2 Prozent-Forderung gelegt werden. Keine Milliarden für Rüstung und Tod – stoppt die 2 Prozent.

100 Jahre KPD – 50 Jahre DKP

Wir haben viel vor 2018. Einen Parteitag, keinen einfachen und dann noch das Pressefest – es ist aber auch ein besonderes Jahr. Vor hundert Jahren wurde die KPD gegründet, vor 50 Jahren DKP und SDAJ. Wir haben uns nicht eines Jahres, nicht eines Monats, nicht einer Woche, nicht eines Tages, nicht einer Stunde, nicht einer Minute, nicht einer Sekunde dieser Zeit zu schämen – wir können stolz sein auf unsere Geschichte. Unsere Tradition ist die von Karl und Rosa, den Gründern der KPD – unsere Geschichte das ist die Novemberrevolution und zwar auf der richtigen Seite der Barrikade. Unsere Geschichte, das ist der Hamburger Aufstand, der Ruhrkampf. Unsere Geschichte ist die Geschichte der Thäl-



Wir müssen Unterschriften sammeln im Umfeld, bei Nachbarn. Wir müssen es ausnutzen, dass auch führende Gewerkschafter/innen, Sozialdemokraten, Grüne ihn unterzeichnet haben – ja auch ich vermute Inkonsequenz, aber das öffnet uns Wege in Gewerkschaften und Betriebe. Kein Gewerkschaftstermin, keine Sitzung von Vertrauensleuten, keine Betriebsversammlung sollte vergehen, bei der wir nicht den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau verdeutlichen und um Unterschriften

unter diesen Aufruf werben. Wir müssen den Aufruf nutzen, um Ansätze einer Massenbewegung gegen Kriegspolitik zu entwickeln – ich denke ein Fokus muss dabei auf die Abwehr der 2 Prozent-Forderung gelegt werden. Keine Milliarden für Rüstung und Tod – stoppt die 2 Prozent.

mannschen KPD, des Kampfes gegen den aufkommenden Faschismus, des Kampfes gegen den Faschismus. Unsere Geschichte ist die Solidarität mit der Oktoberrevolution und dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Ja, wir arbeiten die Fehler auf, auch die Verbrechen, aber wir lassen uns das nicht von denen diktieren, die Karl und Rosa umgebracht, die dem Faschismus zum Aufstieg und zur Macht verholten oder die ausgestreckte Hand zur Aktionseinheit gegen den Faschismus ausgeschlagen haben. Wir sind stolz, dass zu unserer Geschichte der antifaschistisch-demokratische Aufbau in der DDR, der Übergang zum Aufbau des Sozialismus, der Aufbau des Sozialismus gehört. Wir sind stolz darauf, dass in der BRD der Kampf gegen die Restauration, gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Remilitarisierung zu unserer Geschichte gehören. Ja, auch das verbrecherische, undemokratische Verbot von FDJ und KPD, vor allem aber der Kampf gegen und in der Illegalität ist Teil unserer Geschichte, auf den wir stolz sind. Wir sind stolz, dass Genossen, wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Max Reimann in unserer Ahnenreihe stehen. Zu unserer Tradition gehört die Wiedererringung der Legalität durch die Gründung der SDAJ und die Neukonstituierung der DKP genauso, wie der Aufbau des Sozialismus in der DDR – wir sind stolz, dass Genossen, wie Kurt Bachmann, Herbert Mies und Erich Honecker zur Tradition der DKP gehören. Nicht vergessen dürfen wir Genossen wie Willi Gerns, Robert Steigerwald und Hans Heinz Holz. Die Konterrevolution in den europäischen Ländern des Sozialismus war eine tiefe, eine für uns, aber

auch für den Frieden, die Befreiung aus dem nekolonialen Joch, dem sozialen Fortschritt eine tiefe, schlimme Niederlage – auch sie gehört zu unserer Geschichte. Zu unserer Geschichte gehört aber eben auch, dass wir es gewagt haben nach dieser Niederlage daran festzuhalten, dass in diesem hochentwickelten imperialistischen Land eine kommunistische Partei notwendig ist.

Reform- und Abwehrkämpfe

Und liebe Genossinnen und Genossen, wir zeigen das doch auch aktuell. Unser Sofortprogramm war und ist das einzige, das nicht beim notwendigen moralischen Appell „Refugees Welcome“ stehenblieb und einen Weg aufzeigt, wie die soziale Demagogie der rassistischen, nationalistischen AFD durchkreuzt werden kann. Indem der völlig berechtigten Perspektivangst der Menschen ein Weg des gemeinsamen Kampfes aufgezeigt wird. Nehmt die Verursacher von Kriegen, Flucht und Armut ins Visier – sie müssen zahlen für Forderungen, die sich der Verschärfung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten entgegenstellen. Die Monopole, die Reichen, der Rüstungshaushalt – dort ist ein besseres Leben zu holen – aber nur im Kampf. Ja, das ist Abwehrkampf, das ist Reformkampf. Aber wo soll die Arbeiterklasse, die Intelligenz, die Mittelschicht, Bauern und kleine Selbständige denn lernen, dass ihre Interessen einen gemeinsamen Gegner und damit Übereinstimmung haben, wenn nicht in Abwehr- und Reformkämpfen. Wo sollen sie lernen, dass die-

ser Kampf mit dem Kampf um die grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse verbunden werden muss, wenn nicht in Abwehr- und Reformkämpfen. Wo sollen sie lernen, dass das bedeutet, dass die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen muss und dass man sich mit ihr verbünden muss, wenn nicht in Abwehr- und Reformkämpfen. Dazu brauchen wir eine Strategie und wir brauchen eine stärkere Partei – beidem will und wird sich der 22. Parteitag stellen. Der Parteitag ist das Gremium, bei dem die gesamte Partei vertreten ist. Er ist das höchste Organ der innerparteilichen Demokratie. Er ist das höchste Organ mit dem die kommunistische Partei unseres Landes, die DKP sich auf die Kämpfe einstellt und Antworten auf Herausforderungen und innere Auseinandersetzungen gibt. Natürlich werden wir dabei auch Antworten auf eigene krisenhafte Entwicklungen der letzten Monate geben müssen. Wir werden nichts schönfärben. Wir werden uns aber vor allem weder in eine Strömungspartei, noch in einen sektiererischen Haufen verwandeln. Die KPD begann ihre Existenz vor 100 Jahren mit dem Satz: „Wir sind wieder bei Marx unter seinem Banner.“ Die DKP kann von sich sagen: „Wir bleiben bei Marx, Engels und Lenin unter ihrem Banner.“



Die Zeitschrift
junge Welt
LadenGalerie
Galerie • Buchhandlung • Treffpunkt
Torstraße 6 • 10119 Berlin
Montag bis Donnerstag 11–18 Uhr, Freitag 10–14 Uhr
www.jungewelt.de/ladengalerie



Hans Heinz Holz
Die Sinnlichkeit der Vernunft
Letzte Gespräche

Dienstag, 6. März, 19 Uhr ■ Buchpremiere

»Die Sinnlichkeit der Vernunft«

Letzte Gespräche mit Hans Heinz Holz

Buchpremiere mit den Herausgebern Johannes Oehme, Martin Küpper, Vincent Malméde und mit Arnold Schölzel (JW)
Moderation: Andreas Hüllinghorst (JW)

Eintritt: 5,00 €/ermäßigt: 3,00 €

Um Anmeldung unter 030/53 63 55-56 oder mm@jungewelt.de wird gebeten

NICHTS NEUES BEIM „NETZWERK“

Findig sind sie ja, die Genossinnen und Genossen vom „Netzwerk“. Seit Dezember 2017 sammeln sie über ihre Website und über E-Mail-Verteiler Unterschriften unter einen Offenen Brief „Der 22. Parteitag der DKP: Partei erhalten und gemeinsame Perspektiven entwickeln!“^[1] Damit versuchen sie, den kommenden Parteitag unter Druck zu setzen, um einem Unvereinbarkeitsbeschluss zu entgehen.

In dem Text ist zunächst von „neoliberaler Kriseneskalation“ die Rede, um dann zu reklamieren:

„Die Suche nach Lösungswegen macht einen längeren Diskussionsprozess erforderlich ...“ Als ob es diesen Diskussionsprozess seit Jahren in der gesamten Linken und besonders auch in unserer Partei nicht gäbe! Der 19. und 20. Parteitag haben wichtige Schritte der politischen Klärung und zur Positionierung der DKP beschlossen. Ich erinnere hier nur schlaglichtartig an einige wesentliche Punkte: Hierzu gehört die Positionierung zu den Entwicklungstendenzen des imperialistischen Weltsystems in Abgrenzung zur Leo Mayers Positionen der „Globalisierung“, die Charakterisierung der EU als imperialistischem Konstrukt, die Notwendigkeit einer eigenständigen kommunistischen Partei in Deutschland, die Aufgabe des

„Beobachterstatus“ bei der Europäischen Linkspartei und auch der Beschluss zur Kandidatur bei den Bundestagswahlen. Es ist nicht so, dass es keinen Diskussionsprozess in der DKP gäbe. Es ist auch nicht so, dass es hierbei keine Ergebnisse gäbe. Allerdings gefallen diese Ergebnisse den Genossinnen und Genossen vom „Netzwerk“ eben nicht.

Mit großen Worten ist von „massenhaften Austritten“ die Rede, wird der Zerfall der DKP an die Wand gemalt und der Parteiführung das Verschulden dafür in die Schuhe geschoben. Ja, es gibt Austritte, und zwar, wenn man es plakativ benennt, „nach links“ und „nach rechts“. Das ist bitter, und der Verlust ehrlicher Mitstreiterinnen und Mitstreiter ist schmerzhaft. Aber ein nüchterner Blick auf die Entwicklung der Partei macht deutlich, dass das Gerede vom Zerfall der Organisation schlicht Panikmache ist. Allerdings haben die Verantwortlichen des „Netzwerks“ guten Grund, sich an die eigene Nase zu fassen und sich zu befragen, welchen Anteil sie selbst mit dem offensiv betriebenen Kurs zur Blockade von Parteitagsbeschlüssen, wie etwa bei der Kandidatur zu den Bundestagswahlen, beigetragen haben.

Weiter heißt es „Genossinnen und Genossen der DKP und ins-

besondere die Delegierten des 22. Parteitags sind aufgerufen, sich für eine Deeskalation in der Parteiauseinandersetzung einzusetzen. Um den Zerfallsprozess der DKP zu stoppen, ist die Bereitschaft zum Kompromiss von allen Parteiströmungen erforderlich. Alle Teile der Partei müssen die Frage beantworten, wie sie dazu beitragen können, den weiteren Niedergang zu stoppen und bisherige Verhaltensmuster überdenken.“ Man ist geneigt zu kalauern: Nachtigall, ick hör dir trapsen! Aber im Ernst: Welche Überheblichkeit! In maßloser Überschätzung der eigenen Wichtigkeit wird hier letzten Endes die Bildung eines „strömungsübergreifenden Deeskalationskomitees“ verlangt. Im Klartext wird damit verlangt, neben der Parteiführung eine Art von GroKo-Verhandlungsausschuß in Permanenz einzurichten. Nein andersherum wird ein Schuh daraus: Wenn die führenden Genossinnen und Genossen des „Netzwerks“ wirklich eine Deeskalation des Konflikts wollen, sollten sie noch vor dem Parteitag die Auflösung des „Netzwerks“ bekanntgeben.

Quellen und Anmerkungen

[1] http://www.kommnet.de/index.php?option=com_content&view=article&id=125:ohne-kategorie&Itemid=338

20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA
KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER
ERICH SCHAFFNER ★ SKA-KONZERT ★ U.V.M.

THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN ★ UMSONST & DRAUSSEN

7. – 9. September 2018
Revierpark Wischlingen Dortmund

DKP
www.dkp.de

ANTRAG AN DEN 22. PARTEITAG DER DKP

Wir dokumentieren den Antrag des Parteivorstands der DKP an den 22. Parteitag, beschlossen auf der 9. Tagung des Parteivorstands im Juni 2017 [1]

Unvereinbarkeitsbeschluss Kommunistisches Netzwerk

Der Parteitag beschließt in Verwirklichung eines Auftrags des 21. Parteitags, dass die Mitgliedschaft im sogenannten „Netzwerk kommunistische Politik“ bzw. „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ mit der Mitgliedschaft in der DKP unvereinbar ist.

Begründung:

1. Der 21. Parteitag hatte festgestellt: „Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.“ Dieser Beschluss wurde durch die Initiatoren des „Netzwerks...“ ignoriert, auf dem Pressefest präsentierten sie ihren sogenannten offenen Brief, für den sie in der Partei Unterschriften gesammelt hatten.

2. Die 5., 6. und 7. PV-Tagung befasste sich mit den weiteren Entwicklungen. Sie stellte eine Verfestigung der fraktionellen

Tätigkeit fest, riefen die beteiligten Genossinnen und Genossen dazu auf, dies zu unterlassen. Die 6. PV-Tagung beschloss ein Gespräch mit den Erstunterzeichnern des „offenen Briefs“.

3. In diesem Gespräch wurde seitens der Vertreter/innen des Parteivorstands dargestellt, dass eine Rückführung in die Strukturen der Partei notwendig ist statt eine Verfestigung des

„Netzwerks“ zu betreiben. Darüber wurde auf einer Beratung des PV mit Vertretern aller Bezirke auf der 8. PV-Tagung informiert.

4. Es wurde beschlossen, den Fortgang der Entwicklung des „Netzwerks“ und seiner gezielten Aktivitäten in einigen Parteibezirken zu analysieren und der 9. PV-Tagung einen Beschlusssentwurf vorzulegen.

5. Das „Netzwerk“ verfestigt seine Strukturen. Es rief bundesweit zu einer eigenen Veranstaltung zum Thema „Arbeit 4.0 und Kapitalismus“ in Wuppertal auf, obwohl es in 2016 ein gewerkschaftspolitisches Forum zum gleichen Thema gab, an dem auch Mitglieder des Netzwerks aktiv teilgenommen haben. Weder in Planung noch Durchführung der Wuppertaler Veranstaltung wurden die bestehenden Parteistrukturen in Form der Kommission Betriebs- und Ge-

werkschaftspolitik in irgendeiner Weise eingebunden oder konsultiert.

6. Das Netzwerk hat sich zudem endgültig als eine dauerhafte, eigenständige und oppositionelle Formation in der DKP an die Öffentlichkeit gewandt. Dies kommt in seiner Umbenennung in „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ im Flyer zu dieser Veranstaltung zum Ausdruck.

7. Gemäß Artikel 3 des Statuts der DKP ist eine solche Sonderstruktur mit einer Fraktion gleichzusetzen, sie gefährdet immer stärker die Handlungsfähigkeit der Partei. Sie verstößt damit gegen das Statut und das Parteiverständnis der DKP. Sie ist zu einer Gefahr für die Existenz der Partei geworden.

8. Bis zu einem möglichen Beschluss des 22. Parteitags ist damit noch ausreichend Zeit, dazu zurückzukehren, in den Strukturen unserer Partei die statutarischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen, kritisch und konstruktiv an der Erarbeitung unserer Politik teilzunehmen und gefasste Beschlüsse gemeinsam umzusetzen. Dazu rufen wir auf.

Quellen und Anmerkungen

[1] DKP-Informationen Nr. 3/2017, Essen, 21. Juni 2017

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main

100 Jahre KPD – 50 Jahre DKP

DKP

Deutsche Kommunistische Partei



2017: HEISSER HERBST IN LUGANSK

Im Osten der Ukraine, im Donbass, fanden politische Kräfte zusammen, die sich dem Maidan-Putsch vom Frühjahr 2014 in Kiew widersetzen. Diese Bewegung wurde von der Putsch-Regierung in Kiew mit dem Einsatz der regulären Armee beantwortet. Die Auseinandersetzung mündete in einen bewaffneten Aufstand, in dessen Ergebnis sich die *Volksrepubliken Donezk, DVR, und Lugansk, LVR*, konstituierten. Seither setzen die Kiewer Machthaber alle Mittel ein, um die Situation in diesen Regionen zu destabilisieren. Im Herbst 2017 spitzte sich die innenpolitische Situation in der LVR dramatisch zu. Wir geben nachfolgend eine Chronologie der Ereignisse wieder; wir verwenden zur Abkürzung: Mdi – Ministerium des Inneren, MfS – Ministerium für Staatssicherheit.

Schläge und Gegenschläge

Im **Oktober/November** wird in der Presse über die Aufdeckung verschiedener in der LVR und der DVR tätiger Diversantengruppen berichtet. Die Rechtsschutzorgane in Lugansk melden zahlreiche Festnahmen und kündigen weitere an. In der DVR veröffentlicht das MfS Informationen darüber, dass unter Regie des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) in nächster Zeit Mordanschläge auf Leiter der Rechtsschutzstrukturen der LVR geplant seien, darunter auch auf Igor A. Kornet und Leonid I. Pasetschnik, d.h. den Innenminister und den Minister für Staatssicherheit in der LVR.

05. November Kornet folgt einer Einladung des Volkssowjetskomitees für Fragen der Staatssicherheit, Verteidigung und der Arbeit der Rechtsschutzorgane. Er hat sich auf einen Rechenschaftsbericht zur Arbeit seines Ministeriums eingerichtet und kommt jedoch kaum über den Anfang hinaus, weil er ständig durch provozierende Zwischenrufe unterbrochen wird. Ohne dass der Beschuldigte antworten kann, ergießt sich eine Flut von Beleidigungen über ihn. Als er trotz mehrfacher Versuche nicht zu Wort kommt, verlässt er entschlossen den Sitzungssaal. Das staatliche Fernsehen überträgt die Sitzung live.

09. November Ein Kamerateam des Staatsfernsehens begleitet das Repu-

blikoberhaupt Igor V. Plotnitzky zu dem Haus, in dem Kornet mit seiner Familie wohnt. Der Beitrag zeigt in aller Ausführlichkeit, in welcher entwürdigenden Weise der Innenminister aus dem Haus geholt, auf der Straße vorläufig durch Plotnitzky von seinem Posten entbunden und mit der Einleitung einer Strafsache gegen ihn konfrontiert wird. Der Beitrag enthält ein tränenreiches Interview mit einer „armen Rentnerin“, die sich später als eine in Kiew lebende Lugansker Unternehmerin mit familiärer Verbindung zum ukrainischen Nationalistenbataillon „Ajdar“ entpuppte, in dem Kornet beschuldigt wird, sich das von ihm bewohnte Haus rechtswidrig unter den Nagel gerissen zu haben.

Um die Arbeit der Rechtsschutzbehörde noch weiter zu erschweren, ging an diesem Tage auch eine Bombendrohung gegen das Gebäude des Innenministeriums ein.

20. November Auf der Website der staatlichen Nachrichtenagentur wird eine Mitteilung der Administration des Oberhauptes der LVR veröffentlicht, in der es heißt: „Im Zusammenhang mit der Aufnahme eines Strafverfahrens gegen den Innenminister der LVR I. A. Kornet, ... wird durch einen Erlass des Oberhauptes der LVR I. A. Kornet von seiner Funktion als Innenminister der LVR mit Wirkung vom 20. 11. 2017 entbunden. ...“

Nur einige Stunden später stellte die Website des MfS der LVR einen Offenen Brief der Mitarbeiter des Mdi an das Republikoberhaupt ins Netz, in dem die Beendigung der „Treibjagd“ auf ihren Leiter sowie die Stabilisierung der Arbeitssituation im Ministerium gefordert wurde. Die Unterzeichnenden erklären deutlich: „Wir, die Mitarbeiter des gesamten Innenministeriums der LVR, möchten ausschließlich unter Führung des Innenministers in Person von Igor Alexandrowitsch Kornet die Möglichkeit haben, ruhig und zielgerichtet in einem einheitlichen und geschlossenen Team zu arbeiten, die Funktion des Schutzes der Rechtsordnung und der Sicherheit auf dem Territorium wahrzunehmen...“

21. November Zuerst über die Site des MfS der LVR wird eine Erklärung Kornets veröffentlicht, die später auch von der staatlichen Nachrichtenagentur

„Lugansker Informationszentrum“ übernommen wird. Darin informiert er die Bevölkerung darüber, dass in der Nacht eine ukrainische Diversionsgruppe festgenommen worden ist. Die Fahndung nach weiteren Mitgliedern und Unterstützern innerhalb der Republik gehe weiter. Es gebe unwiderlegbare Beweise für eine Beteiligung einzelner hochgestellter Vertreter der Staatsorgane an verbrecherischer Aktivität zum Schaden der Interessen der Republik und des Volkes des Lugansker Landes. Diese haben über eine lange Zeit hinweg zielgerichtet unrichtige Informationen über eine angebliche Beteiligung von Mitarbeitern des Innenministeriums an rechtswidrigen Aktivitäten an das Oberhaupt der LVR geleitet und mit ukrainischen Spezialdiensten zusammengearbeitet.

Auch sei die Beteiligung einer Reihe von hochrangigen Regierungsvertretern und Mitarbeitern der Generalstaatsanwaltschaft an der Inszenierung des „Staatsstreichs“ vom September 2016, dem Mord an G. Zypkalow und der Verurteilung Kisseljows bewiesen. Kornet erwähnt namentlich die Direktorin des staatlichen Radio- und Fernsehsenders der LVR und zwei weitere hochrangige Mitarbeiter Plotnitzkys.

Kornet dementiert seine Absetzung und erklärt, die Situation in der Republik befinde sich vollständig unter Kontrolle der Kräfte der Rechtsschutzstrukturen. Das Innenministerium arbeite normal, das Personal der Behörde erfülle weiterhin seine Pflichten. Das belastende Material habe er dem Republikoberhaupt Plotnitzky vorgelegt, der die Festnahme und die Einleitung von Strafverfahren befürwortet habe.

Zeitgleich spitzt sich die Situation in Lugansk zu. Bewaffnete mit weißen Armbinden sperren die Zufahrten zur Stadt Lugansk, riegeln deren Zentrum sowie Regierungsgebäude ab. Für das Geschehen macht Plotnitzky, der Präsident der LVR, den von ihm am Montag entlassenen Innenminister Kornet verantwortlich.

In einer Pressekonferenz dementiert Kornet erneut seine Entlassung und spricht von Razzien gegen ukrainische Saboteure, die sein Ministerium zusammen mit dem MfS der LVR und mit Unterstützung von Rechtsschutzorganen

der DVR durchführe, was auch die Erklärung für die Nachrichtenmeldungen ist, eine Militärkolonne aus der DVR sei nach Lugansk gekommen.

Dem widerspricht Plotnizky ein weiteres Mal im Fernsehen und wiederholt, dass Kornet seines Amtes enthoben und ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei. Die Situation in der LVR nennt er den Versuch eines Staatsstreiches und weist den Minister für Katastrophenschutz und den von ihm kommissarisch eingesetzten Innenminister an, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Kurz danach funktionierten das Lugan-

sten Morgen das 3. Spezialregiment der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine bereit gewesen sei, in die Republik einzufallen. Auch vermutete er neue Destabilisierungsversuche seitens der ukrainischen Spezialdienste in den kommenden Tagen, die es zu verhindern gelte.

23. November Es wird über weitere Festnahmen und über die Besetzung der Staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt in Lugansk durch Spezialeinheiten der LVR berichtet. Über den Aufenthaltsort des Regierungsoberhauptes Plotnizky gibt es keine offiziellen Informati-



sker Staatsfernsehen, das Mobilfunknetz und der Rundfunk nicht mehr.

Offizielle Kommentare seitens der Volksmiliz der LVR und Moskaus zu den Vorgängen in der Volksrepublik gibt es nicht, jedoch drückt der ehemalige Stabschef und Kommandeur der Brigade „Prisrak“ von Alexej Mosgowoi, Jurij Schewtschenko, in einem Interview seine Unterstützung für die umfangreichen Maßnahmen Kornets zur Verbrechensbekämpfung aus.

22. November Der Innenminister Kornet führt ein Arbeitstreffen mit den Leitern der strukturellen Abteilungen des Ministeriums und deren Stellvertretern sowie den Leitern der territorialen Organe für innere Angelegenheiten durch. In seinem Bericht beschreibt er die Lage als schwierig, aber unter Kontrolle, berichtet über erste Festnahmen und Geständnisse zum „Pseudostaatsstreich“ 2016 und der Ermordung Zypkalows. Er führt aus, dass nach operativen Informationen im Fall eines Erfolgs der Anstrengungen der ukrainischen Agenten zur Ablösung der Führung des Innenministeriums der LVR schon am näch-

sten Morgen das 3. Spezialregiment der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine bereit gewesen sei, in die Republik einzufallen. Auch vermutete er neue Destabilisierungsversuche seitens der ukrainischen Spezialdienste in den kommenden Tagen, die es zu verhindern gelte.

24. November Während im Verlauf des Tages immer mehr Details über die Verbrechen der aus Kiew gelenkten Sabotagegruppen bekannt werden, lehnt Kremlsprecher Dmitrij S. Peskow auch weiterhin jeglichen Kommentar zur aktuellen Situation ab und verweist lediglich auf die weitere Gültigkeit und Alternativlosigkeit der Minsker Vereinbarungen.

Am Nachmittag dann tritt der Minister für Staatssicherheit der LVR, Leonid Pasetschnik, vor die Öffentlichkeit und teilt mit, Plotnizky habe aufgrund gesundheitlicher Probleme sein Amt niedergelegt und ihn als seinen Stellvertreter bis zu den nächsten Wahlen vorgeschlagen. Damit habe Plotnizky „einen sehr großen Beitrag zum Prozess der friedlichen Regelung geleistet. Er ist einer der Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen, heute wurde er zum Bevollmächtigten der LVR zur Ausführung der Minsker Vereinbarungen ernannt.“

Den Rücktritt Plotnizkys und den

Vorschlag, Pasetschnik kommissarisch mit dem Amt des Republikchefs zu betrauen, bestätigten sowohl der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR, Degtjarko, als auch der Vorsitzende des Ministerrats, Koslow.

24. November abends Der neue Mann an der Spitze der Republik erhält Glückwünsche von Regierungsvertretern der DVR, die ihm ihre Unterstützung zusicherten und auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit beider Republiken hofften. Das Oberhaupt der DVR, Alexandr W. Sachartschenko, übermittelt Leonid Pasetschnik seine Gratulation: „*Sehr geehrter Leonid Iwanowitsch, ich gratuliere Ihnen zum Eintritt in das Amt des kommissarischen Oberhauptes der Lugansker Volksrepublik! Unter Bedingungen des Krieges und der ökonomischen Blockade ist das eine schwere Aufgabe, aber ich bin überzeugt, dass Sie sie mit Ehre bewältigen werden. Ich bin auch überzeugt, dass wir gemeinsam effektiv der Kiewer Aggression widerstehen und ein friedliches Leben aufbauen werden*“

Die KP der LVR schreibt auf ihrer Site: „*Neues Oberhaupt der LVR wurde Generalmajor des Ministeriums für Staatssicherheit Leonid Iwanowitsch Pasetschnik! Wir gratulieren allen Mitbürgern! Wir wünschen, dass der Kurs beibehalten und Ordnung geschaffen wird!*“

25. November In seiner ersten Rede in seiner neuen Funktion benennt Pasetschnik vor dem Volkssowjet der LVR als wichtigste Aufgaben der nächsten Zeit:

- Erfüllung der Minsker Abkommen
- Realisierung des Gefangenenaustauschs
- Gewährung der Sicherheit der Bürger der Republik
- Entwicklung der Wirtschaft, die Inbetriebnahme der großen Industrieunternehmen und den Ausbau der Kohleindustrie
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Erhöhung des Lebensniveaus der Bürger und
- Kampf gegen Korruption und Großkriminalität

Er versichert, dass vom Weg der im Referendum 2014 getroffenen Entscheidung und dem Kurs auf ein enges Bündnis der Republik mit der Russischen Föderation nicht abgewichen werde.

14. Dezember Auf seiner jährlich stattfindenden Pressekonferenz äußert sich *Russlands Präsident Wladimir Putin* auf die Frage eines ukrainischen Journalisten zur Situation im Donbass

folgendermaßen: „Im Donbass gibt es keine russische Armee. Dort gibt es aber Milizverbände, die in der Lage sind, selbstständig Aktionen gegen die Region abzuwehren.“ Er ruft die Regierung in Kiew dazu auf, mit den Regionen Donezk und Lugansk direkt zu verhandeln, da sich solche Probleme nicht durch Vermittler bewältigen ließen. Auch warnt er davor, dass die ukrainischen Nationalistenbataillone im Donbass ein Massaker wie das im bosnischen Srebrenica anrichten könnten, wenn ihnen die Milizen keinen Widerstand leisten würden.

Nachtrag zur Vorgeschichte: Schattenwirtschaft und Mordanschläge in Lugansk

Während sich ab 2015 die DVR als Staat in allen seinen Bereichen herausbildete und konsolidierte, die Regierung so-

Immer wieder wurden Fälle systematischer Unterschlagung von humanitärer Hilfe durch Regierungsbehörden publik, so dass sich die Moskauer Regierung sogar gezwungen sah anzudrohen, die Rentenzahlungen für die auf dem Territorium der LVR lebenden Veteranen einzufrieren, wenn diese nicht bei den eigentlichen Empfängern ankämen, sondern in den Taschen irgendwelcher Beamter versickerten.

Die Behinderung einer politischen, wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Entwicklung durch Teile der Machtelite in Lugansk klagten schon die später ermordeten legendären Militärkommandeure Alexandr A. Bednow („Batman“), Alexej D. Mosgowoi von „Prisrak“ und Pawel L. Drjomow („Batja“) an.

Nur kurz in der medialen Öffentlichkeit waren im September 2016 Meldungen über einen Putschversuch, den

Staatssicherheit ernannt. Beide Minister verfügten über die nötige berufliche Erfahrung und galten als integer, was schon bald an ersten Erfolgen ihrer Arbeit deutlich wurde.

Die Schaffung von Ordnung und Sicherheit sowie die offene und verdeckte Ermittlung gegen Verbrecher beschränkten sie nicht auf die Kriminalität der unteren Ränge. Im Oktober 2015 wurden von Mitarbeitern des MfS und des MdI der Minister für Brennstoff, Energie und Kohleindustrie, Dmitrij L. Ljamins, einige seiner Mitarbeiter sowie der stellvertretende Leiter der Abteilung für allgemeine Aufsicht der Generalstaatsanwaltschaft der LVR, Alexandr N. Filippinskij, festgenommen.

Ermittelt wurde eine ganze Reihe von kriminellen Machenschaften von Unterschlagung, Steuerhinterziehung, Organisation von Schmuggelkanälen für Kohle in die Ukraine (88% der gesamten Kohleproduktion des Jahres) sowie eine Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine. Die Festgenommenen wurden in einem Gefängnis des MfS untergebracht. Es folgte eine heftige politische Auseinandersetzung, in deren Gefolge Pasetschnik durch Plotnitsky seines Amtes enthoben wurde. Die vorgelegten Beweise erwiesen sich jedoch als stichhaltig und Pasetschnik wurde wieder in sein Ministeramt eingesetzt, auch weil er massive Unterstützung durch den Innenminister Kornet, die Mitarbeiter von MfS und MdI sowie von einer Gruppe Abgeordneter des Volkssowjets und einer ganzen Reihe von Bürgermeistern erhielt.

Letztendlich kam es zu einer Verurteilung Ljamins und seiner Kumpane, Pasetschnik und Kornet blieben gestärkt in ihren Funktionen und setzten ihre Arbeit kontinuierlich und erfolgreich fort. Ihr unerschrockenes Vorgehen auch gegen hochrangige Regierungsmitglieder stärkte das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen der republikanischen Rechtsschutzorgane und verhinderte eine gefährliche Destabilisierung der Situation in der LVR während der Heizperiode 2015/2016.

Mit den in den letzten Jahren erzielten Erfolgen, einer größtmöglichen Transparenz bezüglich der eigenen Arbeit auf den Websites von MfS und MdI und dem Einbeziehen der Bevölkerung wurde das Vertrauen der Menschen in die Rechtsschutzorgane der LVR gestärkt. Nur dieses Vertrauen machte es letztendlich möglich, den Kampf gegen den Filz der Verräter der Republik erfolgreich zu führen und eine Zerschlagung der Republik zu verhindern.



wohl Erfolge und Probleme beim Aufbau der Republik als auch Entscheidungsprozesse immer transparenter machte und die Bevölkerung in zunehmendem Maße an diesen beteiligte, war aus den offiziellen Quellen der LVR wenig diesbezüglich zu hören.

Konkrete Angaben, z. B. aus dem wirtschaftlichen Bereich gab es kaum, den Kommentaren in diversen Sozialen Netzwerken und den Berichten der Kommunisten der LVR war zu entnehmen, dass bis auf die Kohleförderung keine weiteren Industriezweige aufgebaut wurden. Ein großer Teil der gewonnenen Kohle wurde an die Ukraine geliefert. Die Ukraine nützte die bestehenden Abhängigkeiten, um die Lage in der LVR zu erschweren, indem sie immer wieder die Wasser- und Stromlieferungen an die Volksrepublik einstellte. Die Versorgung der Bevölkerung basierte im Wesentlichen auf der humanitären Hilfe der Russischen Föderation sowie zahlreicher Hilfsorganisationen und Parteien, wie der KPRF.

angeblich der ehemalige Vorsitzende des Ministerrates Gennadij N. Zypkalow, der stellvertretende Oberkommandierende der Volksmiliz Witalij Kisseljow (Codename „Kommunist“) und der ehemalige Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR Alexej A. Karjakin geplant haben sollten. Zypkalow und Kisseljow wurden verhaftet, Karjakin gelang die Flucht nach Russland. Während Kisseljow vor Gericht gestellt und zu einer Haftstrafe von 12,5 Jahren verurteilt wurde, hieß es über den ehemaligen Ministerratsvorsitzenden, er habe sich nach einem umfanglichen Geständnis in seiner Zelle erhängt, um der Bestrafung zu entgehen.

Nachtrag zur Vorgeschichte: Recht und Ordnung in Lugansk

Der Auf- und Ausbau der Strukturen der Rechtsschutzorgane stellte eine enorme Herausforderung dar. Im Oktober 2014 wurden Kornet zum Innenminister und Pasetschnik zum Minister für

SCHWERPUNKT

Johannes Magel

ÜBER PARTEIDISZIPLIN

Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern! Er will unter sich keinen Sklaven sehn und über sich keinen Herrn.

Bertolt Brecht, Einheitsfrontlied

Schafft eine Selbstdisziplin, eine strenge Disziplin, sonst werdet ihr auch weiter unter dem Militärstiefel der Deutschen liegen, wie das jetzt der Fall ist und unvermeidlich der Fall sein wird, bis das Volk es lernt, zu kämpfen, eine Armee zu schaffen, die nicht die Flucht ergreift, sondern imstande ist, unerhörte Leiden auf sich zu nehmen.

W. I. Lenin [1]

Wenn es, wie man so sagt, um die Wurscht geht, schaffen die herrschenden Klassen klare Verhältnisse; gelegentlich sprechen sie auch Klartext. Im Soldaten-



gesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es unter der Überschrift *Gehorsam* in § 11 Absatz 1 Satz 1: *Der Soldat muss seinen Vorgesetzten gehorchen. Er hat ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen.* Damit ist das Wesentliche gesagt; der Rest des Paragraphen regelt die Details und die Ausnahmen. Weiter heißt es unter der Überschrift *Verhalten im und außer Dienst* in § 17 Absatz 1: *Der Soldat hat Disziplin zu wahren und die dienstliche Stellung des Vorgesetzten in seiner Person auch außerhalb des Dienstes zu achten.* Nach diesem Grundsatz der inneren Verfasstheit funktioniert in der kapitalistischen Klassengesellschaft jede staatliche Verwaltung, jeder Konzern und jeder Handwerksbetrieb. Sämtliche noch so ausgefeilten psychologischen Konzepte der „Mitarbeiterführung“, die dazu dienen, diesen Grundsatz zu verhüllen und gleichsam in Zuckerwatte zu verpacken, ändern nichts am Kern der Sache. Die alten und neuen Methoden, durch Gewalt, durch Tricks und Kniffe auf der Basis von Zuckerbrot und Peit-

sche die „äußere“ Disziplinierung in eine Selbstdisziplinierung umzuwandeln, sie mehr oder minder zu einer Persönlichkeitseigenschaft zu machen, lassen den Kern der Sache unberührt.

Autoritärer Engels

Friedrich Engels diskutiert in seinem 1872/73 geschriebenen Text *Von der Autorität* [2] den Zusammenhang von Autorität, Autonomie und Unterordnung und damit die Frage der Disziplin. Engels, der offenbar seine Pappenheimer kannte, präzisiert zunächst die Fragestellung: „Autorität will in dem Sinn des Wortes, um den es sich hier handelt, soviel besagen wie: Überordnung eines fremden Willens über den unseren; Autorität setzt auf der anderen Seite Unterordnung voraus. Da nun diese zwei Worte einen üblen Klang haben und das Verhältnis, das sie zum Ausdruck bringen, für den untergeordneten Teil unangenehm ist, handelt es sich um die Frage, ob es nicht ein Mittel gibt, anders auszukommen; ob wir nicht – unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen – einen anderen sozialen Zustand ins Leben rufen können, in dem diese Autorität keinen Sinn mehr hat und folglich verschwinden muss.“ Engels untersucht im Weiteren die Produktionsbedingungen der (damaligen) Großindustrie. Anhand verschiedener Beispiele arbeitet er heraus, dass zielgerichtete Kooperation zwingend Organisation nach sich zieht. Er argumentiert, dass kollektive Anwendung moderner Produktivkräfte im *organisierten* Produktionsprozess ohne Unterordnung unter fremden Willen nicht möglich ist. Er fasst seine Überlegungen so zusammen: „Wir haben also gesehen, dass einerseits eine gewisse, ganz gleich auf welche Art übertragene Autorität und andererseits eine gewisse Unterordnung Dinge sind, die sich uns aufzwingen unabhängig von aller sozialen Organisation, zusammen mit den materiellen Bedingungen, unter denen wir produzieren und die Produkte zirkulieren lassen.“ Engels erfasst die Notwendigkeit von Disziplin als gesellschaftlichem Organisationsprinzip nicht primär als Ergebnis eines Willkürakts, sondern als in der materiellen Produkti-

onsweise bedingt. Der heutige Entwicklungsstand der Produktivkräfte weist gegenüber dem Entwicklungsstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutliche Veränderungen auf. Die industrielle Produktionsweise an sich hat sich aber insgesamt ausgeweitet. Die Möglichkeit, Informationen in großen Mengen zu sammeln, zu strukturieren und schnell auszutauschen hat den Produktionsprozess revolutioniert. Damit sind ganz neue Formen der Kooperation möglich, aber die Notwendigkeit der Organisation ist nicht verschwunden, sondern „nur“ im hegelschen Sinne auf eine ganz neue Stufe gehoben. Damit ist *Engels'* Grundüberlegung nicht obsolet, allerdings werden Fragen der Organisation von Produktion und Zirkulation immer mehr zum Gegenstand wissenschaftlicher Behandlung mit entsprechender Rückwirkung auf die (kapitalistische) Praxis.

Historisch-materialistischer Lenin

Lenin greift diesen Grundgedanken von Engels an verschiedenen Stellen auf und entwickelt ihn weiter. In seiner Schrift *Die große Initiative* von 1919 setzt sich Lenin in einer Bemerkung mit der Frage der Disziplin auseinander. Er besteht, wie Engels, darauf, dass die Disziplin ihre Grundlage in den materiellen Bedingungen der Produktion hat, diskutiert aber zugleich, in welcher Weise sie mit den Klassen- und Herrschaftsverhältnissen zusammenhängt [3]: „Die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit in der Zeit der Leibeigenschaft beruhte auf der Disziplin des Stocks, bei äußerster Unwissenheit und Verschüchterung der Werktätigen, die von einer Handvoll Gutsbesitzer ausgeplündert und verhöhnt wurden. Die kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit beruhte auf der Disziplin des Hungers, und die über große Masse der Werktätigen blieb trotz allem Fortschritt der bürgerlichen Kultur und der bürgerlichen Demokratie selbst in den fortgeschrittensten, zivilisiertesten und demokratischsten Republiken eine Masse von unwissenden und verschüchterten Lohnsklaven oder niedergedrückten Bauern, die von einer Handvoll Kapitalisten ausgeplündert und verhöhnt

wurden. Die kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, zu der der Sozialismus der erste Schritt ist, beruht und wird - je weiter, desto mehr - beruhen auf der freien und bewussten Disziplin der Werktätigen selbst, die das Joch sowohl der Gutsbesitzer als auch der Kapitalisten abgeschüttelt haben. Diese neue Disziplin fällt nicht vom Himmel und entsteht nicht aus frommen Wünschen, sie erwächst aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion und nur aus ihnen. Ohne diese Bedingungen ist sie unmöglich. Der Träger dieser materiellen Bedingungen aber, oder ihr Schrittmacher, ist eine bestimmte geschichtliche Klasse, die vom Großkapitalismus hervorgebracht, organisiert, zusammengeschlossen, geschult, aufgeklärt und gestählt worden ist. Diese Klasse ist das Proletariat.“

Parteidisziplin fällt nicht vom Himmel...

Bisher habe ich versucht, Disziplin als Organisationsprinzip der gesellschaftlichen Arbeit als Teilaspekt der gesellschaftlichen Organisation der Produktion darzustellen. Dass Disziplin als Organisationsprinzip sich hier herausgebildet hat, ist eben nicht zufällig, sondern hängt mit der gesellschaftlich erforderlichen Kooperation von Hunderten oder auch Hunderttausenden Menschen zusammen, wie oben in Zusammenhang mit *Engels'* Argumentation dargestellt. Dieser Grundzusammenhang ist es, aus dem heraus Disziplin als Organisationsprinzip auch außerhalb der Produktion wirksam ist, wo zielgerichtete Kooperation erforderlich ist, also im Bereich von Verwaltungen, Streitkräften, aber auch von politischen Parteien. Die konkrete Ausformung dieses Prinzips hängt natürlich einerseits vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Umständen, sprich Klassenverhältnissen, ab, aber andererseits auch vom Typ der Organisation, in der es sich verwirklicht und deren innere Struktur es wesentlich bestimmt. Für eine revolutionäre Partei heißt das, dass Klassencharakter und politische Zielstellung der Organisation den Rahmen für die Herausbildung und konkrete Ausformung der *Parteidisziplin* bilden. In seiner 1920 erschienenen Schrift *Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus* diskutiert *Lenin* in den ersten vier Kapiteln die Voraussetzungen des Erfolgs der Bolschewiki und untersucht die Frage, welche allgemeingültigen Er-

fahrungen die Oktoberrevolution hervorgebracht hat. In diesem Zusammenhang behandelt er auch die Rolle der Parteidisziplin: [4]. „Als Strömung des politischen Denkens und als politische Partei besteht der Bolschewismus seit dem Jahre 1903. Nur die Geschichte des Bolschewismus in der *ganzen* Zeit seines Bestehens vermag befriedigend zu erklären, warum er imstande war, die für den Sieg des Proletariats notwendige eiserne Disziplin zu schaffen und sie unter den schwierigsten Verhältnissen aufrechtzuerhalten. Und da taucht vor allem die Frage auf: wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? wodurch wird sie kontrolliert? wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewusstsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, *aber auch mit den nichtproletarischen* werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, dass sich die breitesten Massen *durch eigene Erfahrung* von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt.“

...aber sie fährt auch nicht aus der Hölle empor

Seit dem Erscheinen von *Lenins Linkem Radikalismus* sind annähernd

ein hundred Jahre vergangen. Die kommunistische Bewegung hat seitdem gewaltige Siege errungen, den historischen Fortschritt beschleunigt, aber auch furchtbare Niederlagen erlitten. In dieser Zeitspanne ist ein immenses Maß an historischen Erfahrungen gesammelt worden, die es nüchtern aber auch selbstbewusst zu würdigen gilt. Parteidisziplin ist kein Fetisch, nichts, was in seiner konkreten Form ein für alle Mal feststeht, aber sie gehört zur den Organisationsprinzipien einer revolutionären Partei, ohne die sie nicht erfolgreich sein kann. Die Verpflichtung, Parteidisziplin zu wahren, wird von den Mitgliedern der Organisation bewusst und aus Einsicht eingegangen. Die konkrete Ausgestaltung dieses Prinzips hängt in besonderer Weise von den Kampfbedingungen ab. Statuarische Regelungen sind dazu da, dem Grundsatz eine handhabbare und den Kampfbedingungen adäquate Form zu geben und sollten Ausdruck der Kampferfahrungen und der kollektiven Weisheit der Organisation sein. Der Versuch, den Grundsatz der Parteidisziplin an sich aufzugeben, egal ob offen oder verdeckt, führt an den Punkt, an dem die kommunistische Partei ihren Charakter als gesellschaftsverändernde Kraft aufgeben würde, weil sie sich damit selbst eines der entscheidenden Mittel der historischen Durchsetzungsfähigkeit im Klassenkampf berauben würde.

Netzwerkfraktion gegen Parteidisziplin...

Auf der Website der Netzwerkfraktion ist ein Referat von Gen. Georg Polikeit vom 26. November 2016 veröffentlicht worden, [5]. Er befasst sich dort u.a. mit der Frage des Parteikonzepts. Polikeit gehörte lange Jahre der Parteiführung unter Herbert Mies an, ist also ein Funktionär mit jahrzehntelanger Organisationserfahrung, insofern sind seine Argumente nicht ohne Gewicht. In diesem Text erhebt Polikeit den Vorwurf, die Parteiführung der DKP wolle „die Rückkehr zu einem alten, zentralistisch geprägten und einst als ‚monolithisch‘ gelobten Parteikonzept, wie es in der Vergangenheit in vielen kommunistischen Parteien zeitweise üblich war, auch in der deutschen, sich in der Praxis aber nicht bewährt hat.“ In häufig geübter Manier wird zunächst ein Popanz aus Halbwahrheiten aufgebaut, der nachfolgend mit Getöse zerlegt wird. So heißt es: „Es muss daran erinnert werden, dass sich ein solches ‚monolithisches‘ Parteikonzept, historisch gesehen, ursprünglich

in der KPdSU herausgebildet hat, zu Stalins Zeiten, damals zuerst im Kampf gegen die ‚Trotzkisten‘ und dann auch gegen andere ‚Abweichler‘. Das hatte bekanntlich schlimme Folgen.“ Und weiter: „Es kann doch nicht einfach darüber hinweggegangen werden, dass eben dieses Parteikonzept in den Krisen Jahren nach 1989/90 in der UdSSR und in den realsozialistischen Staaten Osteuropas völlig gescheitert ist.“ Es wird Polikeits Geheimnis bleiben, warum dieses von ihm geschmähte Parteikonzept ausgerechnet *nach* 1989/90 sein Versagen bewiesen haben soll. Die Helden des Desasters von Gorbatschow bis Gysi hingen diesem Parteikonzept nun gerade nicht an. Ich will hier nur der guten Ordnung halber festhalten, dass Polikeit eines der gängigen Strickmuster des Revisionismus im Gefolge des 20. Parteitags der KPdSU verfolgt, nämlich die historisch-konkrete Analyse durch eine gebetsmühlenartige Wiederholung von Vorhaltungen über „Verbrechen“ und „Versagen“ zu ersetzen. Wozu man mit dergleichen Verfahrensweisen Vorschub leistet, hat Hans Heinz Holz präzise zusammengefasst: „Es ist der Bourgeoisie gelungen, eine große Zahl von Kommunisten ihrer Geschichte zu entfremden und damit die historische Identität der Bewegung zu zerstören. (Dass ihr dies gelingen konnte, ist objektiv eine Frage der ideologischen Hegemonie!) Wir sind aber nur Kommunistinnen und Kommunisten, wenn wir uns als Glied und Resultat der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung verstehen – mit allem Heroismus, allen Leistungen *und auch* mit allen Fehlern und allem Unrecht, das in einem solchen ‚Kampf auf Leben und Tod‘ (Hegel) begangen worden ist.“ [6] Die Analyse des Scheiterns der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten in Europa sollte unter Marxisten Gegenstand einer ernsthaften historischen Debatte sein und nicht die Wiederholung antikommunistischer Stereotypen.

Übelmeinende Sozialdemokraten, wie die Trotzkisten, behaupten, dass der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und der mit unglaublich Opfern errungene Sieg über den deutschen Faschismus *trotz* Stalin und *trotz* des deformierten Parteiverständnisses erreicht wurden. Orthodoxe Kommunisten, wie Kurt Gossweiler, meinen, dass diese Erfolge *wegen* Stalin und *wegen* dessen Parteiverständnis möglich waren. Es ist nicht meine Absicht, die tragischen Seiten der Stalin-Periode in Abrede zu stellen. Aber zumindest will ich an dieser Stelle festhalten, dass diese Erfolge *mit* Stalin und *mit* dessen Parteiverständnis möglich waren. Dies nur als Nebenbe-

merkung. Polikeit verfolgt eine sattem bekannte und schlichte Taktik: *Man schlägt den Sack und meint den Esel*. Wacker traktiert er das „monolithische“ Parteikonzept der Stalin-Periode, weil er meint, damit das Publikum auf seiner Seite zu haben. Einer präzisen Charakterisierung dessen, was denn an diesem Konzept nun im Einzelnen falsch und verhängnisvoll gewesen sein soll weicht er aus. „Nicht bewährt“, „völlig gescheitert“ „Stalin-Periode“ dergleichen Andeutungen reichen ihm für den Versuch aus, der geneigten Leserin und dem geneigten Leser einen kalten Schauer über den Rücken zu jagen. Gerade die unpräzise, im Vagen verbleibende Art der Argumentation lässt erkennen, dass es Polikeit eben nicht um präzise bestimmbare Korrekturen des Parteikonzepts geht; er zielt vielmehr auf den Begriff der Parteidisziplin, wie ihn Lenin entwickelt hat, insgesamt. Polikeit nennt das Kind zwar nicht beim Namen, aber immerhin kommt er zum Kern und zum Ziel seiner Polemik, indem er ausführt, aus den schlimmen historischen Erfahrungen seien Lehren zu ziehen: „Das heißt für mich aber, dass auch über die Fragen der Beschlussverbindlichkeit und der Parteidisziplin neu nachzudenken ist.“ Neues Denken also. Nun sind die Pirouetten des neuen Denkens in Sachen Parteidisziplin weder neu noch zweckfrei, immerhin hat die Netzwerkfraktion in einer ganzen Reihe von Punkten gezeigt, dass sie sich wesentlichen Beschlüssen der Partei in der Aktion aktiv und organisiert widersetzt. Der Versuch, den Wahlantritt der DKP zu den EU- und zu den Bundestagswahlen nach Kräften zu sabotieren, zeigt überdeutlich, wes Geistes Kind die Akteure dieser Gruppe sind.

... und das nicht ohne Grund

Polikeit redet um den heißen Brei herum, wenn er lang und breit die Seelenqualen ausbreitet, die die Genossinnen und Genossen Netzwerker erlitten hätten, wenn - ja wenn! - sie sich aktiv für die Kandidatur der DKP auf die Straßen begeben haben würden: „Wer aber in diesen Fragen zu alten Vorstellungen von Beschlussstreue zurück will oder sie aus Gewohnheit unreflektiert weiter beibehalten möchte, sollte sich doch einfach einmal selbst die Frage vorlegen: Wie überzeugend können eine Genossin oder ein Genosse anderen gegenüber denn tatsächlich sein, um sie beispielsweise für die Unterstützung der Kandidatur der DKP zu gewinnen, wenn sie selbst davon überzeugt sind, dass diese Kandidatur ein Fehler ist? Gegen die eigene Überzeugung für das Gegenteil zu argumentieren – das wird

doch nichts! Das ist nicht effektiv.“ Nun ist nicht zu bestreiten, dass die aktive Mitwirkung an der Umsetzung von Beschlüssen, die man für falsch hält, für jeden von uns, der im Geiste bürgerlichen Individualismus sozialisiert wurde, eine Zumutung darstellen kann. Im vorliegenden Fall möchte man jedoch mit Goethes Tasso sagen: *So fühlt man Absicht und man ist verstimmt*. Polikeits Lamento zielt absichtsvoll darauf, das Prinzip der Parteidisziplin generell zu diskreditieren und den organisierten Boykott der Netzwerkfraktion auch noch mit dem Weihrauch seelischer Qualen zu umnebeln. Polikeits Polemik gegen die „alten Vorstellungen von Beschlussstreue“ wird nicht zweckfrei vorgebracht, es geht der Netzwerkfraktion um die Umwandlung der DKP in eine mehr oder minder lose Vereinigung von konkurrierenden Strömungen. Thomas Mehner befasst sich in seinem Artikel in diesem Heft [7] ausführlich mit der Thematik. Er entwickelt dort den Gedanken, dass „nur die gemeinsame, kollektive Praxis (selbst wenn sie tatsächlich fehlerhaft sein sollte, aber in kollektiver Diskussion erarbeitet wurde) [...] das gemeinsame Lernen aus den gewonnenen Erfahrungen und eine weitere Annäherung an die vorher ggf. nicht erreichte Übereinstimmung ermöglichen“ wird. Daher möchten wir zum Schluss Gen. Polikeit zurufen: *So ist es effektiv! So wird das was!*

Quellen und Anmerkungen

[1] W. I. Lenin, Siebenter Parteitag der KPR(B), Referat über Krieg und Frieden; in Werke, Band 27, 1. Auflage 1960, Dietz Verlag Berlin/DDR, S. 90.

[2] Karl Marx/Friedrich Engels – Werke Band 18, 1. Auflage 1962, Dietz Verlag, Berlin/DDR, S. 305-308.

[3] W. I. Lenin, Die große Initiative ; in Werke, Band 31, 3. Auflage 1966, Dietz Verlag Berlin/DDR, S. 409.

[4] W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus; in Werke, Band 29, 9. Auflage 1987, Dietz Verlag Berlin/DDR, S. 9.

[5] Georg Polikeit, Zur Situation in der DKP, Beitrag zur Beratung des Hetzwerks kommunistische Politik am 26.11.2016 in Hannoversch M nden, http://www.kommnet.de/index.php?option=com_content&view=article&id=6465:georg-polikeit-zur-situation-in-der-dkp-nach-der-6-pv-tagung&catid=131:netzwerk&Itemid=332.

[6] Hans Heinz Holz, Über die Oktoberrevolution als Epochen-Zeichen, Nachdruck in T&P Nr. 44.

[7] Thomas Mehner, Handlungsfähigkeit nach kommunistischem Parteiverständnis, T&P Nr. 45.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT NACH KOMMUNISTISCHEM PARTEIVERSTÄNDNIS

Entscheidend für die Funktionsfähigkeit einer kommunistischen Partei ist die rückhaltlose Anerkennung ihrer Wesensgrundlagen durch die Genossinnen und Genossen. Dies ist zum einen die unbedingte Verfolgung unseres revolutionären Ziels; zum anderen ein grundlegender Bestand an marxistisch-leninistischer Theorie. Dazu kommt zum dritten der auf beidem basierende umfassende und dauerhafte kollektive Prozess der Erarbeitung, Begründung, Umsetzung und Auswertung unserer Analyse, Strategie und Praxis, also die Verbindung von Theorie und Praxis im lebendigen politischen Wirken der Partei. Nur auf dieser Grundlage ist die Kommunistische Partei eine Kommunistische Partei, und daran teilzuhaben ist, als Voraussetzung unserer Schlagkraft und gemeinsamen Handlungsfähigkeit, das Recht und die Pflicht aller Genossinnen und Genossen. Auf diese Grundbedingungen kommunistischer Parteilinie kann nicht verzichtet werden, ohne dass damit zugleich sowohl der kommunistische Charakter unserer Partei als auch unser sozialistisches Ziel aufgegeben wird.

Bei der Erarbeitung unserer Politik bringen die Genossinnen und Genossen natürlich durchaus verschiedene Erfahrungen, Einschätzungen, Ansichten, Haltungen usw. in die Debatte ein, die auch durchaus zu unterschiedlichen Vorstellungen über die richtige Politik führen können. Es ist vollkommen normal, sogar richtig und notwendig, dass es immer wieder politische Differenzen gibt. Anders ist ein Ringen um den richtigen Weg, die Erarbeitung von Übereinstimmung ja gar nicht möglich. Um handlungsfähig zu werden, wird nach Verarbeitung aller Argumente ein entsprechender Beschluss gefasst. Dieser Beschluss ist für alle bindend. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass auch Genossen, die (vermeintlich oder tatsächlich) eine bessere Einsicht haben, aber dennoch bei der Entscheidungsfindung unterliegen, ein Interesse daran haben müssen, die beschlossene Politik gemeinsam umzusetzen. Und zwar nicht mürrisch und widerwillig aus erzwungener Disziplin, sondern überzeugt und aus genuinem eigenem Interesse. Denn nur die gemeinsame, kollektive Praxis wird das gemeinsame Lernen aus den gewonnenen Erfahrungen und eine weitere

Annäherung an die vorher ggf. nicht erreichte Übereinstimmung ermöglichen. Im Gegeneinander konkurrierender Strömungen jedoch wäre so etwas vollkommen unmöglich. Wer an der Stärkung der Partei, an ihrer Lern- und Handlungsfähigkeit interessiert ist, wird diesen Prozess gemeinsamer Praxis fördern. Es gibt in diesem Punkt keine Differenz zwischen Einzelinteresse und Allgemeininteresse. Nur in der Einbindung in diesen kollektiven Prozess ist ein Genosse ein Genosse.

Ein Aushandeln von Kompromissen zwischen verschiedenen konkurrierenden Strömungen hat in einer KP keinen Platz, es wäre ein Verhalten wie in bürgerlichen Parteien, also für eine KP Parteierstörung. Wer hierin „eine realistische und lohnenswerte politische Perspektive“ sieht wie das Bezirkssekretariat Saarland [1], will eine andere, aber keine kommunistische Partei. Wer in strittigen inhaltlichen Fragen den „Kompromiss von allen Parteiströmungen“ fordert wie die sog. Netzwerker, hat sich längst in bürgerlichem Partei- und Politikverständnis verloren. Ein klarer und einheitlicher Klassenstandpunkt ist eben kein Sektierertum.

Zaudern der Parteiführung

Auch die Parteiführung ist im Umgang mit unseren Konflikten nicht fehlerfrei, aber ihr Fehler ist nicht, dass sie Beschlüsse fasst und Orientierungen gibt, sondern dass sie das nicht mit genügend Klarheit und Konsequenz macht. Ja, wir müssen zugeben, dass sie die Umsetzung des Beschlusses des letzten Parteitag, den parteischädigenden Zustand der Fraktionstätigkeit bis Ende 2016 zu beenden, hinausgezögert hat. Und sie hat Konsequenz vermissen lassen im Umgang mit Parteigliederungen, die zentrale Beschlüsse des Parteitags offen missachteten. Auch wenn die Absicht dabei noch so gut war, blieb das Problem dennoch ungelöst. Aber diese Fehler stellen – im Gegensatz zum Vorgehen der sog. Netzwerker – keine grundsätzliche Abkehr vom Anspruch auf einheitliches Handeln der Partei dar, und daher müssen und können wir aus ihren Folgen lernen und sie spätestens jetzt gemeinsam korrigieren.

Wer sich jedoch als Strömung oder gar als Opposition in der Partei versteht

mit der Konsequenz, sich den Beschlüssen zu widersetzen, gar mit dem Vorwurf, die Führung versuche – wenn sie diese individuellen Eigenmächtigkeiten verurteilt und bekämpft – „einen Teil der Partei regelrecht zu erpressen“, der hat den Boden der kollektiven Erarbeitung und Umsetzung der Politik verlassen und damit den Boden einer kommunistischen Partei. Das Bezirkssekretariat Saarland hat seine individualistische Sicht in dankenswerter Offenheit mit den Worten formuliert: „Mitglieder sollen gezwungen werden, entgegen ihren eigenen inhaltlichen Überzeugungen Mehrheits-Beschlüsse auch inhaltlich nach außen zu vertreten! Was für ein überholtes Parteiverständnis!“ Deutlicher geht's nicht.

Grotesk wird es, wenn die Netzwerker der Parteiführung – nein, nicht etwa der früheren unter Stehr/Jürgensen, sondern der jetzigen! – vorwerfen: „Wesentliche Ursachen für diese Schwächung der DKP liegen in einer vom Parteivorstand jahrelang behinderten Debatte offener politischer Fragen und gegensätzlicher Auffassungen einerseits und der Unfähigkeit, Felder gemeinsamen Handelns für die Gesamtpartei zu formulieren, andererseits.“ [2] Der Beschluss zur BTW-Kandidatur 2017 war genau ein solches Feld, und vom letzten Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet. Dass eine Minderheit diesen Beschluss für falsch hielt und gegen ihn gestimmt hat, war legitim. Aber herausarbeiten, ob er denn tatsächlich auch falsch war, kann man nur dann, wenn man ihn gemeinsam nach besten Kräften umsetzt und anschließend die Ergebnisse der gemeinsamen Politik und die dabei gemachten Erfahrungen gemeinsam sachlich auswertet. Trotzdem haben es die sog. Netzwerker vorgezogen, die beschlossene Kandidatur als Partei offen zu boykottieren oder zu unterlaufen und fordern stattdessen „Bereitschaft zum Kompromiss“. [3] Wie hätte denn der konkret aussehen sollen? Sollten wir etwa eine löchrige Flickenteppich-BTW-Teilnahme akzeptieren, die nur für Bezirke (oder Kreise? oder Gruppen?) gilt, die das gut finden? Was für eine Absurdität. Und auf dieser Basis wollen sie das Ganze dann sachlich auswerten? Wäre bei Akzeptanz solcher Disziplinlosigkeit ein gemeinsamer Lernprozess noch denkbar?

Wessen Handlungsfähigkeit?

Was so seltsam anmutet, ist die immer wieder zu hörende Betonung der Handlungsfähigkeit. Die will doch jeder, oder? Nur, warum sind sich die Beteiligten dann eigentlich so uneinig? Also betrachten wir mal genauer, was eigentlich die Kontrahenten darunter verstehen. Wenn Kommunisten von Handlungsfähigkeit reden, dann meinen sie immer die Partei als einheitlich handelnde Gesamtorganisation, die – egal welche Kontroversen gerade laufen – dennoch an einem Strang zieht, in einem kollektiven Prozess ihre gemeinsame Politik erarbeitet und nach Ende des Diskussion auch praktisch umsetzt. Die Frage ist also: Meinen die sog. Netzwerker das selbe oder ist ihr Begriff von Handlungsfähigkeit ein anderer? Aufschluss darüber gibt folgendes: Da beschließt die BDK Saarland, dass sie für ihre „in den letzten Bezirkskonferenzen entwickelte politische Linie weiter um

wenn man ihnen gestattet, ihre eigene politische Linie zu fahren, denn sonst, so das Bezirkssekretariat Saarland, „verliert ein für die DKP unverzichtbares Potential zunehmend eine realistische und lohnenswerte politische Perspektive in der Partei.“ Die Handlungsfähigkeit einer geschlossen handelnden Partei gilt ihnen offenbar als Einschränkung ihrer persönlichen Handlungsfähigkeit, als Blockierung ihres individuellen Potentials. Und ihre lohnenswerte Perspektive ist, dass jede Genossin/jeder Genosse seine individuelle Praxis so gestaltet, wie er oder sie es gerade für geboten hält. Damit wird klar, worin der Unterschied liegt: Netzwerker verstehen Handlungsfähigkeit als Umsetzung individueller Einsichten. Die gemeinsame politische Praxis der Partei zerfällt dabei in diverse, mehr oder weniger unverbundene individuelle Praktiken. Das schließt jede Handlungsfähigkeit als Gesamtorganisation aus. Was als Unterschied im Verständnis von Handlungs-

diskutierende, arbeitende und einheitlich kämpfende kommunistische Partei. Zu Recht stellte Patrik Köbele auf der DKP-Veranstaltung am LLL-Wochenende fest: „Die DKP hat sich 1968 nicht als Strömungspartei, sondern als kommunistische Partei gegründet.“[5] Kommunisten verfolgen keine verschiedenen konkurrierenden Ziele, sondern ihr verbindlich anerkanntes gemeinsames revolutionäres Ziel. Bei allen Differenzen und Diskussionen über die richtigen Entscheidungen verfolgen sie dieses in kollektiver und solidarischer Weise und einheitlichem Handeln. Dies formuliert einen Anspruch, dem wir leider nicht immer gerecht werden. Aber wer diesen Anspruch in der Partei aufgibt, wer ihn offen leugnet und für falsch erklärt und so unsere Handlungsfähigkeit und Schlagkraft blockiert und zerstört, der will eine andere Partei. Es wäre in der Tat der Verlust unserer Handlungsfähigkeit als Partei (und letztlich die Zerstörung der Kommunistischen Partei), wenn die Parteiführung und die Partei als Ganzes dies weiterhin dulden würde! Damit wir wieder eine schlagkräftige, einheitlich handelnde Partei werden, muss der Zustand, wo solche Parteizerstörung geduldet wird, beendet werden. Wer bürgerlichen Individualismus ausleben möchte, mag dies woanders tun.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Dieses und die folgenden Zitate aus: Stellungnahme des Bezirkssekretariats der DKP Saarland zum „Appell an die Mitglieder der DKP“ des Sekretariats des Parteivorstands“ vom 11.11.2017. http://www.sozialismuss.de/dkp/download/2017-12-11_Stellungnahme_BS_Saar_appell_sekretariat.pdf

[2] Aufruf der Netzwerk-Fraktion: „Der 22. Parteitag der DKP: Partei erhalten und gemeinsame Perspektiven entwickeln!“ http://kommnet.de/attachments/6661_erklaerung_zum_22_parteitag_der_dkp.pdf

[3] ebd.

[4] Beschluss der BDK Saarland 2017 am 11.11.2017. http://www.sozialismuss.de/dkp/download/bdk2017_Entschliessg_Partiesituation_final.pdf

[5] siehe die Dokumentation der Rede in diesem Heft.



einen Platz in der DKP kämpfen wird“.
[4] Soso, eine eigene individuelle Saarland-Linie, die offenbar von der der Gesamtpartei abweicht, aber darin Platz finden soll. Also unterschiedliche politische Linien in einer Partei. Weiter geht's: „Ohne die Fähigkeit zum Kompromiss wird diese DKP die nächsten Jahre als bundesweite Struktur nicht überleben.“ Also soll die zukünftige bundesweite Struktur der Partei wohl aus diversen einzelnen Linien bestehen, und der Kompromiss besteht darin, solche politischen Sonderlinien nun auch offiziell zuzulassen. Damit beabsichtige man, so das Bezirkssekretariat Saarland, „die DKP zusammen zu halten und weitere Mitgliederverluste zu vermeiden.“ Also bleiben die Mitglieder nur dann in der Partei,

fähigkeit erscheint, entpuppt sich damit letztlich als Unvereinbarkeit.

Kommunistische Partei, nicht Strömungspartei

Was die sog. Netzwerker als notwendige „Deeskalation in der Parteiauseinandersetzung“ bezeichnen, läuft also auf eine Hinnahme dieses Individualismus, dieser Verweigerung eines einheitlichen Vorgehens und einer Einbindung in das organisierte Handeln der Partei hinaus. Wir sind jedoch keine Menge von Individualisten und Menschen mit guten Absichten, wo jeder macht, was er für gut und richtig hält, und die sich zufällig in einer Art Bündnisorganisation zusammenfindet, sondern eine kollektiv

„ERNEUERER“ UND PARTEIFRAGE

Historische Anmerkungen zu einer aktuellen Auseinandersetzung

In vielen Diskussionen mit den Genossen, in Redebeiträgen auf Versammlungen und in den Überlegungen in den Grundeinheiten der Partei ist man sich einig: die Partei nach 1989/90 gerettet zu haben, den Erneuerern in SED und KPdSU, aber auch in den eigenen Reihen widerstanden zu haben gehört zu den großen Leistungen der jüngsten Geschichte der Partei. Diese Position findet sich ebenso beim ehemaligen Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies. [1] Gleichzeitig verwahrt man sich dagegen, mit den Erneuerern politisch „in einen Topf geworfen zu werden“. Halten wir dies nicht für eine rhetorische Abgrenzung, sondern für das gemeinsame Bekenntnis zu unserer Partei und zu ihrer jüngeren Geschichte, so ist es ein positiver Anspruch, der ernst genommen zu werden verdient, es sich aber auch gefallen lassen muss, an aktuellen wie historischen Positionen geprüft zu werden.

Historischer Überblick

Herbert Mies schrieb: „Meine Partei, die DKP, war schon seit geraumer Zeit in ihre tiefste Krise geraten. Auch das war zermürbend und zerstörerisch. Jetzt aber stand vor ihr die Frage von Sein oder Nichtsein.“ [2] Die „Krise der Partei“ beginnt für ihn auf dem Hamburger Parteitag 1986 und hat ihre Gründe, „hausgemacht“ und in der Politik Gorbatschows. In der innerparteilichen Diskussion hatte sich über Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz eine Opposition gebildet. Beides zusammen führt 1989 zur praktischen Handlungsunfähigkeit der Partei. Den Aufstieg Gorbatschows beschreibt er in seiner Widersprüchlichkeit: reale Erstarrungen, Denkblockaden, Vereinnahmung von Tagespolitik schienen ja tatsächlich von „neuem Denken“ aufgebrochen zu werden. Erst zwischen 1985 und 1987 reifte die Erkenntnis, dass dahinter in letzter Instanz „konzeptionsloses, prinzipienloses, populistisches Agieren“ steckten. Wir wollen uns im Folgenden, aufbauend auf diesen historischen Erörterungen [3] anhand der Biographie von Herbert Mies auf die Debatten bis zum Ende der Erneuerer-Debatte 1993-1995 beziehen. Dieses Ende ist nicht aufgearbeitet, wir machen ihr Ende pro-

grammatisch an den Mannheimer Thesen [4] und dem neuen Parteistatut 1993 [5] und der aktuellen Einschätzung in Hans Heinz Holz' „Kommunisten heute“ 1995 [6] fest. Der Schwerpunkt unserer Forschung liegt aus aktuellem Anlass auf der Parteifrage. Die politische und weniger historische Zielsetzung des Artikels zwingt uns dazu, nicht alle verwendbare und sicher spannende Literatur auch aufzuführen und anstelle dessen konzentriert auf die wesentliche zu verweisen. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Bereiches der Parteigeschichte steht noch aus. [7] Wer jedoch die Parteigeschichte auf Programmdebatten reduziert, ist der eigenen Diskussionszirkel-Ideologie bereits weit genug unterworfen, dass Praxis und Überprüfung der eigenen Ideologie schlicht überflüssig und nicht diskutiert werden.[8]

Gorbatschow und die Parteifrage

Sieht man in die Ausgangsdokumente des Programms von Perestroika und Glasnost, vor allem in das „an die Bevölkerungen“ gerichtete Buch Gorbatschows, so fällt auf, dass die Institution Partei innerhalb der SU, aber auch im Ausland kaum Erwähnung findet. Auch sind weniger Klassen als mehr vernünftige, gute und friedliebende Menschen handelnde Subjekte der neuen Vorstellungen, deren Organisationsform wird nicht benannt. Innerhalb der SU kommt die Partei, wenn überhaupt als Ort und deren Spitze als Ausgangspunkt der „Revolution von oben und unten“, also von Perestroika und Glasnost vor, deren einzelne Mitglieder haben innerhalb dieser Konzeption scheinbar keine Aufgaben. [9] Für Gorbatschow wurde die Partei zum Instrument, derer, die er demagogisch Revolutionäre nannte, die wir heute als Liquidatoren erkennen können. Konsequenter mit dieser Orientierung zu brechen muss also heißen, die Notwendigkeit der Partei anzuerkennen, weil sehr wohl Klasseninstinkt und gewerkschaftliches Bewusstsein spontan in der Klasse reifen, um aber ein sozialistisches, weltanschaulich gefestigtes, ein wissenschaftliches Klassenbewusstsein zu erringen, bedarf es der Verbindung von Arbeiterklasse und Marxismus. Das

schafft die Partei (Lenin: Was tun?). Dabei wurde von Gorbatschow neben der „Entfremdung der Kommunisten von ihrer Geschichte“ (Hans Heinz Holz) durch eine „Stalinismus-Kampagne“, die Ignoranz der Klassenfrage vor allem im Bereich des Friedenskampfes, die Unterstützung der bürgerlichen Europa-Ideologie: die Demagogie des „gemeinsamen Hauses“, also das Abgehen von der wissenschaftlichen Weltanschauung und der klassenmäßigen Parteilichkeit betrieben. Die Partei wurde nicht nur als überkommen letzten Endes entsorgt, sie wurde vorher bereits ideologisch angegriffen. Die Übereinstimmung der politischen Positionen muss an dieser Stelle hervorgehoben werden: Wir sehen erneut Stalinismus-Vorwürfe gegen den PV anstelle einer rationalen Diskussion konkreter Positionen. Inhaltlich müsste es um die Richtigkeit der Bolschewisierung gehen, Gramsci, Togliatti, Thälmann haben ihre Parteien zu starken, einheitlichen formiert. Anstelle also rationaler Argumentation wird der bürgerliche Kampfbegriff genutzt und damit umhergeworfen. Es gibt erneut in der Antifa- und Friedensfrage bei „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR) und bei Friedensmärschen die Tendenz, unsere Politik von der Klassenfrage zu trennen. Die – unserer Auffassung nach im Übrigen zu kurz greifende Kritik an der AgR-Kampagne des PV wird zum Anlass genommen diesem ein Abgehen von der bündnispolitischen Orientierung vorzuwerfen. Der Verweis auf die Breite des angestrebten Bündnisses oder auch das reflexhaft formulierte „Volksfront“ geht dabei ins Leere. Dimitroffs Aktionsangebots stellte keine Anforderungen „außer der einen, für alle Arbeiter annehmbaren, dass sich der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet“. Wenn Bündnisse das nicht erfüllen, sondern Einzelmenschen für das Problem halten, müssen Kommunisten das kritisieren. Und es gibt eine derartige Übernahme der bürgerlichen, die Interessen des deutschen Imperialismus widerspiegelnden Europa-Ideologie, dass die Linie des Kampfes um die nationale Souveränität und Demokratie gegen die EU auf eine Stufe mit faschistischer Demagogie gestellt wird.

„Finnlandisierung“^[10] und Parteistrukturen

Einer der Grundlagen des demokratischen Zentralismus ist die Einheitlichkeit der Partei, auf der Grundlage der Einheitlichkeit der Klassenlage, der Weltanschauung und der Veränderungsrichtung der Verhältnisse, in Richtung Sozialismus. Die Partei handelt folglich auf der

zerbrechen – ob gewollt oder ungewollt diese Einheit von Theorie und Praxis, schwächen das einheitliche Auftreten der Partei nach außen. Darauf reagierten bereits 1989 der Parteivorstand mit der Aufforderung zur „Rückkehr in die Parteistrukturen“ und die Erneuerer, so Steffen Lehndorff in unserem Beispiel, mit Interviews und Artikel u.a für die konkret. ^[11] Hier wirft er, unterstützt von Heinz

immer „spätstalinistisch“ sind, sein programmatisch individualistischer Bezug auf die Erfüllung individueller Gestaltungsansprüche innerhalb der Partei (womit eine objektive Notwendigkeit, eine Strategie, eine Taktik bewusst ignoriert, nein wegdiskutiert werden soll), seine politisch opportunistische Anwendung, diese Erkenntnis der individuellen Gestaltungsansprüche würde sich bereits



Grundlage von Programm, Statut und aktuellen Orientierungen der Parteiführung nach gefasstem Beschluss einheitlich in Wort, Schrift und Tat. Diskussionen spielen dabei eine wesentliche Rolle, in ihnen wird aber nicht um einen im Ausgang beliebigen Konsens oder Kompromiss gerungen, sondern um die richtige Anwendung der wissenschaftlichen Weltanschauung auf aktuelle Gegebenheiten. Der Beschluss markiert bis zu seiner Auswertung dann auch einen gewissen Schlusspunkt einer Debatte und den Beginn der gemeinsamen Umsetzung. Diskussionen außerhalb der Parteistrukturen

Jung als ehemaligem Leiter des IMSF dem Parteivorstand Stalinismus, Dogmatismus, Traditionalismus und „Angst vor der Realität und vor der Zukunft“ vor, es werde versucht zu „säubern“ und heraus zu drängen. So subjektiv ehrlich die Abgrenzung heutiger Anhänger des Netzwerkes von der Erneuererströmung sein mag: lest diesen Lehndorff-Artikel und erklärt der Partei, wo sich die jeweiligen organisationspolitischen Vorstellungen unterscheiden, wenn die eigene Machtpolitik nicht benannt, die „der anderen“ aber kritisiert wird! Lehndorffs „Kritik an überkommenen Parteistrukturen“, die

in den Bewegungen (der immer postmoderner werdenden Linken) durchsetzen, woran sich die DKP zu orientieren habe, ist inhaltlich doch deckungsgleich mit den „Thesen“ des alten Sekretariats, der Mosaik-Linken und der Übernahme der Ideologie von Bündnispartnern im Rahmen eines klassenneutralen „voneinander Lernens“ anstelle der Engelsschen Forderung nach einer Arbeiterpartei „die allen bürgerlichen Parteien antagonistisch gegenüber steht“. Wissenschaftliche Arbeit, Diskussion und Widerspruch müssen innerhalb der Partei ausgefochten und ausgetragen werden, das aber erfor-

dert eine gemeinsame Überprüfung an der gesellschaftlichen Praxis, erfordert gemeinsames Handeln.[12] Wer ernsthaft mit den Gedanken der Erneuerer brechen will, der muss in aller Entschiedenheit gegen Plattformen der Diskussion und Gegendreffen (z.B. auf LLL oder Dörfern des Widerstands, die die zentralen Helfer desorientieren auf Pressefesten) auftreten. Die Partei ist einheitlich – oder sie ist nicht! Wer sie derzeit stärken, vereinheitlichen, wieder zusammenführen möchte, findet massig Gelegenheiten, [13] die Partei braucht jeden, innerhalb ihrer Strukturen.

Diesen Aufruf finden wir aktuell in der Erklärung der Bezirksvorsitzenden – aber wir wollen ihn dennoch zeithistorisch untermauern: 1989 erscheint eine Broschüre, die zur Erneuerung der DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage aufruft, in ihr findet sich der Gedanke, dass mehr innerparteiliche Demokratie keinen Abbau, sondern gesteigerte Effizienz, höhere Anforderungen an den Zentralismus beinhalten. Ein Demokratiebegriff innerhalb der Partei, der nicht von einer einheitlichen wissenschaftlichen, klassengebundenen Weltanschauung ausgeht, sondern von einer Pluralität marxistischer Ansätze, die klassenneutral integriert werden müssen brauchen keine kollektive Bildungsarbeit zur Aneignung der gemeinsamen Weltanschauung. Ein Demokratiebegriff, der nicht auf die gemeinsame Praxis und die koordinierte Veränderung der Welt setzt, sondern die Handwerkerlei (zu der wir sicher nach 1989/90 gezwungen waren) zum Prinzip erklärt, der braucht keine einheitliche Partei. Derjenige muss aber auch so konsequent sein einzugestehen, dass er den kommunistischen Parteityp nicht mehr will, sondern einen bürgerlichen Parteityp, mit bürgerlichen Demokratievorstellungen will.

Historizität der Parteiform

1990/91 erschien als dreiteilige Serie der Aufsatz Josef Schleißeins zu „Lenins Auffassung der Parteiorganisation“. [14] Schleißeins Ansatz war, vor allem die Historisierung des Leninschen Parteikonzeptes: „Was von ihr (Lenins Auffassung der Parteiorganisation d. Verf.) übrig bleiben sollte, ist nur konkret beantwortbar ...“, denn sie sei wie Lenins ganzes Denken „geschichtlich bedingt und geschichtlich begrenzt“. [15] Was hier fehlt, ist neben historisch konkreten Formen die Konstatierung, dass mit dem Ende der revolutionären Nach-

kriegskrise 1924/25 die Kommunisten das Parteikonzept organisierten, genauer fassten und allgemeine, für die gesamte Epoche des Übergangs von Kapitalismus zum Sozialismus gültige Kriterien der kommunistischen Partei festlegten. Zur Historizität gehört eben auch, Prinzipien festzuhalten, hinter die zurückzugehen eben nicht mehr historisch konkrete politische Arbeit, sondern Pragmatismus und Opportunismus bedeuten. Dazu gehören die Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Bei allen historisch und national unterschiedlichen Formen, wer die Prinzipien ignoriert oder gar als stalinistisch verschreit, bewegt sich dabei auf den Spuren der Erneuerer. Konkret geht es darum, dass aus der Eigenständigkeit der proletarischen Organisation, wie sie bereits Engels fordert, auch eine eigenständige Organisationsform, bzw. eigenständige Organisationsformen entstehen. Eben die kommunistische Partei.

„Betonköpfe“?

Sich selbst oder die eigene Position mit den Federn dieser Auseinandersetzung zu schmücken wäre Demagogie, und derer bedarf es zu dieser Zeit nicht, vielmehr mag sie sogar schädlich sein. Wenn, wie Lenin sagt, die Partei die einzige Waffe der Proletarier im Kampf um die Macht ist, so haben wir diese Waffe zu retten. Das heißt auch historisch nicht, sie vor Kritik abzuschotten – man blicke nur auf den Beitrag von Hans Heinz Holz aus den Marxistischen Blättern 1/1990 [16] und die sehr scharfe Kritik an Einzelpositionen und verschlafener Weiterentwicklung. Es heißt, den Kampf um ihre Stärkung zu führen. Gorbatschow und mit ihm die Erneuerer gaben die wissenschaftliche Weltanschauung, die Klassengebundenheit und damit die Notwendigkeit der einheitlichen Klassenpartei auf. Wer heute wissenschaftlicher arbeiten, sich mehr in der Klasse verankern und eine stärkere Partei aufbauen will (der organisationspolitische Leitantrag spricht von Parteistärkung und Reorganisation in Teilbereichen), der muss konsequent mit den Erneuerervorstellungen brechen. Auf dieser Basis ist die Stärkung der Partei zu erreichen, kann sie alle Revolutionäre „bei Marx, unter seinem Banner“ (Rosa Luxemburg, Gründungsparteitag der KPD 1918/19) vereinigen. Das heißt nicht, eine Form für immer und ewig festzuschreiben, Erkenntnis hat immer ihren historischen Standort, aber es heißt, unsere Grundsätze, unsere „Theorie der Partei“ zu verteidigen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Herbert Mies: Wir haben den Klassenstandpunkt bewahrt, in: UZ vom 20.1.2017, abgedruckt aus: ders.: Die DKP im Spannungsfeld von Unabhängigkeit und „Abhängigkeit“, in: Rolf Priemer, Heinz Stehr (Hrsg.): 25 Jahre DKP. Eine Geschichte ohne Ende, Essen 1993.
- [2] Herbert Mies: Mit einem Ziel vor Augen. Vom Jung- zum Altkommunisten. Erinnerungen, Berlin 2009, S. 15.
- [3] Auch dazu Georg Fülberth: KPD und DKP 1945-1990, Heilbronn 1992., s. besonders S. 167-189.
- [4] PV der DKP (Hrsg.): Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP, beschlossen vom Mannheimer Parteitag, Essen 1993.
- [5] PV der DKP (Hrsg.): Statut der Deutschen Kommunistischen Partei, DKP, beschlossen auf dem 12. Parteitag, Essen 1993.
- [6] Hans Heinz Holz: Kommunisten heute. Die Partei und ihre Weltanschauung, Essen 1995.
- [7] Wobei wichtige Einzelpositionen vorliegen in: Robert Steigerwald/Hans-Peter Brenner: Zu den Auseinandersetzungen in der DKP um den rechten und linken Revisionismus, Essen 2010. Über deren einzelne Thesen an mancher Stelle zu streiten wäre, die aber analytisch hier den wesentlichen Leitfaden gegeben haben.
- [8] Vgl. hierzu die auf Kontextwissen wie Quellenkritik verzichtende Geschichtsdeutung der „wie weiter“-Gruppe.
- [9] Michail Gorbatschow: Perestrojka. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. v.a. S. 67 ff.
- [10] Bezeichnet das Zerfallen einer KP in linkssozialistische Strömungen und Beliebigkeit anhand der KP Finnlands nach 1990. Lehndorff hat für diesen Prozess in der besprochenen Quelle nicht nur Abgrenzung übrig.
- [11] Steffen Lehndorff: Allerlei Pyrrhussiege? Finnlandisierung der DKP, in: konkret 7/1989, S. 34.
- [12] Zeitgenössisch Willi Gerns: Organisationsfrage und ideologische Arbeit, in: Marxistische Blätter 2/1988, S. 48 ff.
- [13] Sie aufzuzählen übernimmt der organisationspolitische Leitantrag des PV an den Parteitag so vollständig, und durch Schwerpunktsetzung orientierend, dass dies hier unterbleiben kann.
- [14] Josef Schleißein: Lenins Auffassung der Parteiorganisation, in: Marxistische Blätter 6/1990, 1/1991 und 2/1991, als Broschüre 2012, neu in: Josef Schleißein: Reale Geschichte als Lehrmeister, Essen 2015, genutzt wurde letztere Ausgabe.
- [15] Ebd. S. 248.
- [16] Hans Heinz Holz: Geschichtliche Perspektiven auf die Organisationsfrage, in: Marxistische Blätter 1/1990, S. 46ff.

AUS DER NÄHE BETRACHTET: MAYERS UND LISTLS UMBRIEBE

„Die DKP München ist Geschichte“, titelten die abtretenden Sprecher der DKP München auf ihrem letzten *Rundbrief* (Oktober 2017). Das viele Jahre monatlich herausgekommene Infoblatt der Kreisorganisation hatte sein Erscheinen eingestellt. Glaubten sie. Aber im November schon erschien, ähnlich aufgemacht, der *Rundbrief* wieder. Titelseite: „Die DKP München macht weiter Geschichte“. Gewechselt hatte der Kreisvorstand, gewechselt auch, gründlich, die politische Richtung. Nicht mehr, wie seit Frühjahr 2013, Abkehr vom Parteikurs, Frontstellung gegen Parteitagsbeschlüsse, Boykott zentraler Leitungsarbeit. Am 2. November 2017 legten die vormaligen Kreissprecher Leo Mayer und Kerem Schamberger ihr kommunistisches Parteiwerkzeug für lebenslänglich aus den Händen. Ein Teil der Mitgliedschaft verließ ebenso die Partei. Als letzte Amtshandlung hatte der Kreisvorstand noch schnell die Kreiskasse geräumt: Er ließ eine „Spende“ von 4.000 Euro als Geldspritze für seine gesponserte DKP-feindliche Mischmaschtruppe „Marxistische Linke“ beschließen.

Die „Thesen“ als Startschuss

Auf die Welle von Unkenntnis und mangelnder Informiertheit, die im vergangenen Jahr 2017 in diffamierenden Angriffen gegen den Parteivorstand brandete, als er endlich gegen die Parteifeindlichkeit in München und Südbayern vorzugehen begann, konnte nur fassungslos reagieren, wer Leo Mayers Umtriebe seit 2010 und die immer weiteren Kreise, die sie zogen, hat wahrnehmen können (besser: müssen). Startschuss waren Leo Mayers, damals stellvertretender Parteivorsitzender, im Frühjahr 2010 veröffentlichte und verantwortete *Thesen* mit dem stolzen Titel „Der Weg aus der Krise: Der Mensch geht vor Profit. Den Kapitalismus überwinden“ [1]. Verantwortlicher Herausgeber war das seinerzeit amtierende Sekretariat des Parteivorstands, Parteichef war Heinz Stehr. Leos *Thesen*, ein Papier von 46 Seiten, sollten im Vorlauf auf den 19. Parteitag das wissenschaftliche Fundament von Marx, Engels und Lenin als orientierende Lehre der Partei durch Reformismus und Revisionismus

ersetzen. Jeder von uns weiß: Geburtsurkunde des Marxismus-Leninismus ist das Kommunistische Manifest, theoretische und praktische Konsequenz, die Marx und Engels aus Philosophie und Geschichte zogen, wegweisend damals für den „Bund der Gerechten“, den sie in „Bund der Kommunisten“ umbenannten, später für Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung. Bei Leo Mayer liest sich das anders: „Der Kommunismus als Bewegung und historisches Ziel, entstanden aus materieller Not und angetreten für die revolutionäre Emanzipation der arbeitenden Menschen, ist eine der bedeutendsten Komponenten im langen Kampf der arbeitenden Menschen für eine Welt der Freiheit und Gleichheit, ohne Aus-



beutung und Elend.“ [2] So schreiben Reformisten und Revisionisten, die die kommunistische Partei vom Marxismus entsorgen wollen. Der Schlag ging aber nach hinten los. Nach einem Protestwirbel in der ganzen Partei verwarf der 19. Parteitag das *Thesen*-Papier.

Kartoffeln, Steinchen und Empörte

Die *Thesen* waren aber nur das anti-marxistische Flaggschiff. An verschiedenen Stellen wurde die Marx'sche Lehre gezielt angebohrt. Leo Mayer z.B. richtete seinen Bohrer auf Lenins Position, die Arbeiter könnten von sich aus kein Bewusstsein vom Sozialismus entwickeln, der, auf wissenschaftlichem Boden entstanden, „auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will“ (Engels). Lenin, so Mayer, habe die russischen Arbeiter vor Augen gehabt, die nicht mal lesen und schreiben konnten, wenn er von der Partei verlangte, sozialistisches Bewusstsein ins Proletariat hineinzutragen. Mayer: „Reintragen kann ich nur einen Sack Kartoffeln, aber kein Bewusstsein.“ Heute bei uns, erklärte Leo, sei das Bildungsniveau schließ-

lich ein anderes als im zaristischen Russland. „Ja“, erwiderte Robert Steigerwald, „und der Fachmann, der tagsüber mit der kompliziertesten Software arbeitet, liest, wenn er heimfährt, in der U-Bahn die Bildzeitung.“

Walter Listl, südbayerischer Bezirkschef, der sich mit dem Münchner Kreissprecher Mayer in seinem Auftreten die Bälle zuspielte, eröffnete 2011 der KPÖ auf ihrem Parteitag in seinem Grußwort als DKP-Gastredner, dass es „die Arbeiterklasse, wie sie bis in die achtziger Jahre von uns als Bezugsgröße für ein revolutionäres Subjekt angesehen wurde, nicht mehr gibt“ [3]. Mayer und Listl durchtränkten über die Jahre hinweg ihre weltanschauliche Orientierung mit der Theorie vom „Mosaik“, das die Linke in Deutschland aktuell darstelle, zu dem die DKP, ihrer geringen Mitgliederzahl entsprechend, höchstens ein kleines rotes Steinchen beisteuere. Die 2011 hochgeschwemmte „empörte“ Massenbewegung überwiegend jugendlicher Aktiver in den Metropolen Europas und Amerikas hatte es Mayer und Listl besonders angetan. „Jetzt haben die Bewegungen die Frage der Demokratie unüberhörbar auf die Tagesordnung gesetzt“, schrieb Leo Mayer am 17. Juni 2011 in der UZ. „Wirkliche Demokratie, jetzt!“ sei die Forderung auf den Plätzen von Madrid, Barcelona und Athen, aber auch in Stuttgart, Brockdorf und Gundremmingen. „Die Mehrheit möchte sich stärker politisch engagieren ... mittels direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Diese zu erkämpfen erfordert eine starke demokratische Bewegung von der Basis her. Dazu müssen wir beitragen. Nicht weniger, und nicht mehr.“ In München am Tisch diskutierten wir. Ich gab zu bedenken, wir könnten den jungen Menschen, die lautstark „wirkliche Demokratie, jetzt“ verlangten, vielleicht ein wenig helfen, in der realen Politik sich geeigneter zu bewegen. Leo Mayer wies mich scharf zurecht: Nicht „helfen“ sollten wir ihnen, sondern zuhören! Als sie in München ein großes Ding vorbereiteten, meinte Leo, die DKP könne doch anbieten, die Betreuung der Kinder zu übernehmen. „Sicher nehmen viele Frauen und auch ganze Familien teil. Da merken sie dann gleich, dass durch die

Beteiligung der Kommunisten für sie was rausspringt.“

„Einmal für Avantgarden, bitte!“

Auf einer Parteikonferenz in Hannover im November 2011 vermerkte Walter Listl mit kritischem Unterton, laut Parteiprogramm orientiere die DKP auf die Arbeiterklasse als entscheidende Kraft, auf Entwicklung von Klassenbewusstsein auf dem Fundament von Marx, Engels und Lenin, auf den Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Das realisiere sich aber nur vor dem Hintergrund konkreter politischer Verhältnisse und realer Bewegungen. Darüber müsse zuerst mal gesprochen werden. Parteien verlören immer mehr ihr Monopol auf politische Repräsentation. Bewegungen hingegen spielten eine eigenständige und autonome Rolle für politische Veränderungen, schafften sich eigene Strukturen und Organisationsformen. „In diesen Bewegungen gibt es keine vorab reservierten Plätze für Avantgarden. Jede Handlungsweise, die diesen Eindruck erweckt, ist zum Scheitern verurteilt. Jeder und jede wird daran gemessen, welche nützlichen Beiträge er oder sie für diese Bewegung leistet. ... Ich warne auch davor, eine scharfe Trennungslinie zwischen diesen Bewegungen und der Arbeiterbewegung zu ziehen. Schaut euch die Zusammen-

setzung der Empörten auf den Plätzen Europas an, die Zusammensetzung der Sozialforen oder der Antiatombewegung. Dort engagieren sich überwiegend abhängig Beschäftigte, Ausgegrenzte, Prekarisierte, solche, die in ihren Betrieben oder in gewerkschaftlichen Strukturen oft weniger Möglichkeiten sehen, für ihre Interessen einzutreten als in diesen Bewegungen.“ [4] Mal ernsthaft: Welcher ehrliche (!) Kommunist hat sich je eingebildet, ihm sei, als Avantgarde, „vorab ein Platz reserviert“. Gegen wen polemisiert Listl hier überhaupt - nach 50-jähriger Parteimitgliedschaft, die längste Zeit in Leitungsfunktionen? Kaum zu glauben: Er polemisiert gegen unsere Partei, gegen ihre sinnvolle, richtige Arbeitsweise, theoretisch und praktisch, gegen ihr Selbstverständnis, ihr richtiges Verständnis von Politik. Und die Partei, erklärt uns Listl, „realisiert sich nur vor dem Hintergrund konkreter politischer Verhältnisse und realer Bewegungen“ - Donnerwetter, das musste doch mal gesagt werden. Da fallen wir ja aus den Wolken!

Wer uns hier wirklich zerlegt

Die wortreichen Kritiker am Parteivorstand hätten gut daran getan, sich in die wirklichen Probleme hineinzudenken. Stattdessen gibt es flache Polemik, mit der sie ihr Nicht-Verständnis demonstrieren („Da lösen sie einen ganzen Bezirk auf!“). Als der PV erklärte, „ein

Auseinanderdriften der Partei“ müsste verhindert werden, widerspricht Peter Wilke aus Düsseldorf (09.07.2017) mit dem Verweis auf „zahlreiche Proteste aus Parteigliederungen und von einzelnen Genossinnen und Genossen ... sowie erste Austrittserklärungen“. Für Wilke belegt dies „das Gegenteil“ der vom PV erklärten Absicht und laufe darauf hinaus, „unsere kleine, aber wichtige Partei statt zusammenzuhalten zu zerlegen“, was vermuten lässt, dass er Ursache (inhaltliche Beliebigkeit) und Wirkung (Zerlegen der Partei) nicht in Zusammenhang zu bringen vermag. Die zahlreichen Protestanten, lieber Peter, haben sich in die wirklichen Probleme genau so wenig hineingedacht wie du im fernen Düsseldorf. Und Heinz Stehr (17.10.2017) deutet die notwendige Reaktion des PV so: „Das Signal ist: ‚Ohne euch geht es besser, kommen wir schneller voran.‘ Diese schlichte Art, die Dinge zu sehen, ist freilich die wirksamste Methode, unsere kleine, aber wichtige Partei statt zusammenzuhalten zu zerlegen.“

Quellen und Anmerkungen

- [1] Immer noch zu finden auf der dem PV „enteigneten“ website kommunisten.de, die mittlerweile als Homepage der sog. „Marxistischen Linken“ fungiert.
[2] Ebd. S. 33.[3] Vgl. die Dokumentation des Grußworts auf www.kpoe.at.[4] Das damalige Einführungsreferat von Walter Listl ist dokumentiert auf www.dkp-online.de.

Richard Corell

ANMERKUNGEN ZUM 7. WELTKONGRESS DER KI

Die Debatte um eine antimonopolistische Strategie bezieht sich immer wieder auf die Ergebnisse des 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (KI). Dabei kommt es mitunter zu direkten Verfälschungen, wie z.B. bei dem Beitrag „Zu den Meinungsverschiedenheiten in der DKP“ von Georg Polikeit [1]. Der langjährige Spitzenfunktionär äußerte sich dort exemplarisch unter der Zwischenüberschrift „Abgehen von einer bewährten Traditionslinie“ zum 7. Weltkongress: Dieser sei eine „selbstkritische Auseinandersetzung mit ‚linken Fehlern‘“ gewesen, in dessen Ergebnis eine „wichtige strategische Neuorientierung vorgenommen“ wurde. So sei auch die Volksfront-Orientierung eine Schlussfolgerung daraus gewesen, „dass die Kommunisten in Deutschland [...] den Kampf

gegen den Faschismus in der Weimarer Republik viel zu lange [...] mit dem strategischen Ziel der Errichtung der ‚Sowjetmacht‘ oder der ‚Arbeitermacht‘ in Deutschland verbunden hatten“. Doch was hat der 7. Weltkongress wirklich festgelegt?

Zur strategische Orientierung

In seinem Referat am 2. August 1935 führte Georgi Dimitroff aus: „Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen“. Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten

Übergangsformen erweisen. Die ‚linken‘ Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom ‚Ziel‘ gesprochen, ohne sich je um die ‚Übergangsformen‘ zu kümmern. Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes *demokratisches Zwischenstadium*‘ zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium‘ nannten sie auch ‚Übergangsform‘ und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankom-

mens an die *proletarische Revolution*, d.h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur.“ [2] Dimitroff erklärt hier und auch an zahlreichen anderen Stellen seines Referats, dass die bisherige strategische Orientierung erhalten bleibt: Ziel in der Epoche des Imperialismus ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats (= Sowjetmacht/Arbeitermacht) inklusive des ganzen Programms: Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, d.h. Zerschlagung ihres Staatsapparats in der proletarischen Revolution. Er stellt fest, dass die Einheitsfrontregierung eine Form des Herankommens ist – woran? – an die Revolution und in diesem Sinne sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen kann. Und als ob er schon den vollmundigen Revisionismus eines Chruschtschows (auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956) erahnt hätte, warnt Dimitroff vor „demokratischen Zwischenstadien“, die die Illusion eines „friedlichen parlamentarischen Spazierganges“ zum Sozialismus suggerieren. [3]

Zu den „linken“ Fehlern der Kommunisten

Nun zur Aussage von Georg Polikeit: „Der VII. Weltkongress war u. a. auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit linken Fehlern der Kommunisten.“ Richtig ist, dass Dimitroff und der 7. Weltkongress sich mit den Fehlern der Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus auseinandergesetzt haben. Dabei wird zwar auch implizit die Sozialfaschismus–These korrigiert (ohne im Übrigen explizit darauf einzugehen), aber für Deutschland stellt Dimitroff zwei Fehler besonders heraus: 1. Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass „die Brüning-Regierung bereits als Regierung der faschistischen Diktatur“ [4] bezeichnet wurde. 2. Die Unterschätzung der Auswirkungen des „gekränkten Nationalgefühls und die Empörung der Massen über den Versailler Friedensvertrag“ und die damit verbundene Verspätung mit dem „Programm zur sozialen und nationalen Befreiung“ [5]. Aber in den Vordergrund stellt Dimitroff nicht die Fehler der Kommunisten, sondern richtigerweise „die historische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Niederlage der Arbeiterklasse.“ [6] Er stellt heraus: „So bereitete die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg zur Macht, sowohl

in Deutschland als auch in Österreich, als auch in Spanien, desorganisierte und spaltete die Reihen der Arbeiterklasse.“ [7] Und er benennt als Gründe: „Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse dank der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten war, politisch und organisatorisch gegenüber der angreifenden Bourgeoisie entzweit war.“ Diese entscheidende Kampfaufgabe gegenüber der Sozialdemokratie, die auch zur „Volksfront-Orientierung“ unserer Traditionslinie gehört, benennt Georg Polikeit nicht. Und damit wird das Tor ganz weit aufgemacht für die Unterordnung unter die Sozialdemokratie und damit für die „Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie“. Das bedeutet auf Heute bezogen: Tore auf

wendung der Einheitsfront auf neue Art gefasst, die es den kommunistischen Sektionen ermöglichen sollen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront, die Aktionseinheit der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr, herzustellen.“ [8] Einer der Väter unserer „Traditionslinie“ spricht also klar und bewusst von neuer taktischer Orientierung, nicht von strategischer Neuorientierung, wie es Georg Polikeit darstellt. Das ist keine Wortklauberei und Scholastik, sondern zeugt von tieferem Verständnis des Unterschieds zwischen Strategie und Taktik. Die Strategie zeigt auf die Diktatur des Proletariats, die Taktik (und das hat nichts zu tun mit „Taktieren“), aber muss berücksichtigen, dass um dieses Ziel zu erreichen auch Rückschläge,



für „Transformations“-Strategen und die Praktikanten einer rot-rot-grünen Koalitionsregierung.

Zur taktischen Orientierung

„In seinem Ergebnis wurde eine wichtige strategische Neuorientierung im Kampf gegen den Faschismus und auch eine Neubestimmung des Verhältnisses der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie vorgenommen“, schreibt Georg Polikeit. Demgegenüber erklärt Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz: „Genossen! Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale hat sehr bedeutungsvolle Beschlüsse über eine neue taktische Orientierung und über die An-

Rückzüge und Sammlung der Kräfte unvermeidlich sind. Die Taktik musste berücksichtigen, dass mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland nicht nur sozialdemokratische Arbeiter in die KZ und Gefängnisse wanderten, sondern auch sozialdemokratische Minister, Abgeordnete, Funktionäre, dass die Arbeiteraristokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie durch die reaktionären Teile des Kleinbürgertums abgelöst wurde. Die Taktik musste berücksichtigen, dass das Niederschlagen des Faschismus nicht unmittelbar zur Errichtung der proletarischen Herrschaft führen kann; sie musste berücksichtigen, dass im Kampf gegen den drohenden Faschismus die bürgerliche Demokratie verteidigt wer-

den muss – nicht um ihrer selbst willen als Diktatur der Bourgeoisie, sondern als bester Boden für die Entfaltung des Kampfs der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung, gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, gegen die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, um den Sturz der Bourgeoisie herrschaft. Lenin hatte es schon auf den Punkt gebracht: „Die Marxisten aber wissen, dass die Demokratie die Klassenunterdrückung nicht beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. ... Je demokratischer die Staatsordnung, umso klarer ist es den Arbeitern, dass die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit.“ [9] Unser Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie muss gespalten sein. Wer die Diktatur der Bourgeoisie beseitigen will, muss klarstellen, dass die bürgerliche Demokratie den Arbeitern nur Scheinfreiheiten und Scheinrechte gibt, dass sie die beste Schutzhülle für die Ausbeutung ist. Wenn aber die Bourgeoisie dazu übergeht, den schönen Schein ihrer Herrschaft selbst aufzulösen, die eigene Plattform, auf der sie sich entwickelt hat, liquidiert, dann müssen wir selbst die einfachsten Bestandteile der bürgerlichen Demokratie verteidigen, die Rechte und Freiheiten sogar im Grundgesetz, das selbst schon eine Karikatur auf eine bürgerliche Verfassung ist; ja selbst die Gewaltenteilung gegen die offene Gleichschaltung, sogar ein Parlament retten vor der eigenen Selbstabschaffung. Von diesem zwiespältigen Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie will aber Georg Polikeit nicht sprechen – auch das würde ja die rot-rot-grün-Bestrebungen nur behindern.

Voraussetzungen der Volksfront-Orientierung

Georg Polikeit fährt fort: „*Die Volksfront-Orientierung mit ihrem Konzept von breiten Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, das übrigens schon vor dem VII. Weltkongress in Spanien [10] und Frankreich in der Praxis erprobt worden war, hat sich als ein außerordentlich erfolgreiches strategisches Konzept erwiesen.*“ Dass es sich in Wahrheit um kein strategisches, sondern ein neues taktisches Konzept handelte, wurde schon erläutert. Und zu den „breiten-antifaschistischen Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte“ gibt Dimitroff zu denken: „Man darf nicht aus dem Auge lassen, dass die

Einheitsfronttaktik die Methode der anschaulichen Überzeugung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen und von der Unrichtigkeit der reformistischen Politik und nicht eine *Versöhnung mit der sozialdemokratischen Ideologie und Praxis ist*. Der erfolgreiche Kampf für die Herstellung der Einheitsfront erfordert unbedingt einen ständigen Kampf in unseren Reihen gegen die Tendenz der *Herabsetzung der Rolle der Partei*, gegen die *legalistischen Illusionen*, gegen die Einstellung auf *Spontaneität und Automatismus*, sowohl in Bezug auf die Liquidierung des Faschismus als auch bei der Durchführung der Einheitsfront, gegen die *geringsten Schwankungen im Augenblick des entscheidenden Handelns*.“ [11] Das ist doch etwas anderes als die vielen breiten Bündnisse, die wir erlebt haben, in denen die Kommunisten bis zur Unkenntlichkeit verschwunden sind als organisatorische Dienstleister und Resonanzboden falscher Parolen statt als Stachel gegen reformistische und Friedensillusionen. Man kann ja in Bündnissen, die Kompromisse erfordern, für den Frieden eintreten, ohne gleich die Friedensfähigkeit des Imperialismus unterschreiben zu müssen. Man kann ja für Reformen sein, ohne gleich die prinzipielle Reformierbarkeit des Kapitalismus zu vertreten. Bündnisse – wie breit auch immer – dürfen uns aber nie die Hände (und die Kräfte) binden, um die kommunistischen Standpunkte zu vertreten, zu erläutern und in die Bündnisse hineinzutragen; nie unsere Freiheit der Agitation und Propaganda beeinträchtigen. Was setzt also die Volksfront voraus? Eine starke selbstbewusste Kommunistische Partei, die gerade, weil sie Entwicklungen überblicken sollte mit den Bündnispartnern Kompromisse suchen und eingehen kann, um den Feind zu schlagen. Und die Bündniskräfte sind klassenmäßig festgelegt: die Arbeiterklasse findet sie im Kampf gegen Faschismus und Krieg im Kleinbürgertum und der Arbeiteraristokratie. Kräfte, die sie z.T. gegen sich haben wird, wenn die Arbeiter wieder zum Sturm auf die Zwingburgen des Kapitals ansetzen werden. Was setzt also die Volksfront voraus: Klare Kampfstellung gegen die Feinde und falschen Freunde oder wie es Dimitroff zum Ausdruck bringt: „Die Kommunistische Internationale stellt für die *Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, dass die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den*

Klassenfeind richtet.“ Diese Frontstellung und dieser Auftrag scheint in den „breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnissen“ gar nicht mehr auf. Die dienen dann oft nur noch zur Empörungskultur, zum Dampfablassen, zur Selbstberuhigung und zum Selbstbetrug. Und es steigt der modrige Duft auf von: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts! Schließlich bleibt festzuhalten: Einheitsfront und Volksfront bleiben Sandkastenspiele ohne eine starke Kommunistische Partei. Sie wieder zu schaffen ist deshalb die vordringlichste Aufgabe. Sie wird erstarken im Kampf gegen die Gefahr von Faschismus und Krieg und im Kampf gegen die verheerende Rolle des Sozialdemokratismus zur Lähmung der Gewerkschaften, der Kampfernergie der Arbeiterklasse und zu ihrer Spaltung.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Siehe dazu auf www.kommnet.de.

[2] Als Textgrundlage wird das Referat von Georgi Dimitroff „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ verwendet (http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm). Hier S. 86, Herv.: RC. Ergänzend für Diskussionsbeiträge zum Referat, zu Dimitroffs Schlusswort und zur Resolution wird verwendet: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 2. Aufl. Stuttgart 1976.

[3] Vgl. dazu auch den Hinweis von Wilhelm Pieck in seiner Rede auf der Brüsseler Konferenz der KPD (zwei Monate nach dem 7. Weltkongress im Oktober 1935): „Es erübrigt sich hier auf unserer Konferenz etwa beweisen zu wollen, dass der von uns eingeschlagene Weg, dass unsere Marschroute der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Schaffung eines Sowjetdeutschlands gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen ‚demokratischen Weg‘ der sozialistischen Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Wege, der einzig richtige war.“ Die Brüsseler Konferenz der KPD, Berlin-Hauptstadt der DDR, 1975, S. 72 f.

[4] Dimitroff, a.a.O. S. 22.

[5] Ebd. S. 23.

[6] Ebd. S. 23 f.

[7] Ebd. S. 21.

[8] Brüsseler Konferenz, a.a.O. S. 61. Herv.: RC.

[9] W.I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘, LW 23, S. 68.

[10] Die Frente Popular in Spanien wurde erst nach dem 7. Weltkongress zu Anfang des Jahres 1936 gebildet.

[11] Dimitroff, a.a.O. S. 100. Herv.: Dimitroff.

200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

Vorbemerkung der Redaktion: Zum 200. Geburtstag von Karl Marx stellt uns Eike Kopf einen Leitfaden zum Aufschließen des Marxschen Werks aus den Schriften von Marx und Engels selbst zur Verfügung. Der Leitfaden folgt dabei nicht dem Zeitablauf der Entstehung des Werks, sondern dem inneren Zusammenhang: Dialektischer Materialismus – Ökonomie – Klassenkampf – Diktatur des Proletariats – Kommunismus – Theorie und Praxis.

Professor Eike Kopf betreibt seit 1965 Marx-Engels-Forschung, hat auch an den veröffentlichten Bänden II/5, II/8 und II/15 sowie mehreren noch nicht veröffentlichten Bänden der MEGA² mitgearbeitet und hilft seit 1997 in Beijing bei der Bearbeitung der Zweiten chinesischen Ausgabe der Werke von Marx und Engels in 70 Bänden auf der Grundlage der MEGA². PappyRossa will im April 2018 sein neues Buch „Ein gelungener Wurf, Studienanregungen zu Marx und Engels herausbringen.

Eike Kopf

NICHTS IST SO PRAKTISCH WIE EINE SOLIDE THEORIE

Karl Marx zum 200. Geburtstag am 5. Mai 2018

Das literarische Erbe von Marx ist umfangreich; die 1975 in der UdSSR und DDR begonnene *originalsprachige* historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) ist – obwohl 1992 redimensioniert – auf 114 Bände berechnet, wovon 65 erschienen sind. Die umfangreichste *deutschsprachige* Ausgabe Marx/Engels: Werke (MEW) hat 43 Bände erreicht. 2013 wurde wegen seines großen Einflusses das „Manifest der Kommunistischen Partei“ in das UNESCO-Verzeichnis „Memory of the World“ aufgenommen. Es ist verständlich, dass es manchem sich diesem Erbe nähernden – z. B. jungen – Menschen so ergehen kann, wie jemand, der den sprichwörtlichen Wald vor lauter Bäumen nicht sehen kann. So könnte es nützlich sein, auf einige Erkenntnisse von Marx hinzuweisen und damit eine Art *Leitfaden* für Diskussionsveranstaltungen anzubieten.

Gesetzmäßigkeit

Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnete Marx als „*sich durchsetzende Tendenzen*“ (MEW, Bd. 23, S. 12), also Vorgänge, die sich nur unter bestimmten inneren, notwendigen und wesentlich gleichen Bedingungen einstellen; die „Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen *naturhistorischen* Prozess“, also als einen Vorgang, der eine natürliche und eine gesellschaftliche Komponente enthält. (MEW 23; 16)

Basis und Überbau

„In der *gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens* gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt ... Mit dieser [kapitalistischen – E. K.] Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“ (MEW 13; 8/9. Vgl. Engels 1894 in MEW 39; 205)

Gesellschaftliches Produkt der Arbeit

Zur Entwicklung der Arbeiterklasse als *Gesamtarbeiter*: „Das Produkt verwandelt sich überhaupt aus dem unmittelbaren Produkt des individuellen Produzenten in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d. h. eines kombinierten

Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehen. Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen. Die obige ursprüngliche Bestimmung der produktiven Arbeit, aus der Natur der materiellen Produktion selbst abgeleitet, bleibt immer wahr für den Gesamtarbeiter, als Gesamtheit betrachtet. Aber sie gilt nicht mehr für jedes seiner Glieder, einzeln genommen. Andererseits aber verengt sich der Begriff der produktiven Arbeit. Die kapitalistische Produktion ist nicht nur Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert. Der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, dass er überhaupt produziert. Er muss Mehrwert produzieren. Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient.“ (MEW 23; 531/532)

Organisation der Arbeiterklasse

Eine große Zahl der Arbeiter ist ein „Element des Erfolges ... Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereinigt und Kenntnis sie leitet.“ (MEW 16; 12) Durch wach-

sende „Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung“ und vor allem „*durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozess selbst* geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ können die „Expropriateurs ... expropriert“, d. h. die Enteigner enteignet werden. (MEW 23; 790/791)

Staat und Revolution

Die Pariser Kommune von 1871 lehrt: Die Arbeiterklasse hat „lange Kämp-

die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ (MEW 19; 28)

Theorie und Praxis

Man kann den einzelnen Kapitalisten und Grundeigentümer nicht „verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ (MEW 23, 16) „Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert und jenes historische Existenzrecht ... Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um

lente sich austauschten, der Kapitalist – sobald er dem Arbeiter den wirklichen Wert seiner Arbeitskraft zahlt – mit vollem Recht, d. h. nach dem dieser Produktionsweise entsprechenden Recht, den *Mehrwert* gewänne. Aber all dies macht den ‚Kapitalgewinn‘ nicht zum ‚konstitutiven‘ Element des Wertes, sondern beweist nur dass in dem nicht durch die Arbeit des Kapitalisten ‚konstituierten‘ Wert ein Stück steckt, das er sich ‚rechtlich‘ aneignen kann, d. h. ohne das dem Warenaustausch entsprechende Recht zu verletzen.“ (MEW 19; 359/360) Marx schrieb 1858 an Engels, dass die



fe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen ..., durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“ (MEW 17; 343) Vier Jahre später in seiner Kritik des Entwurfs des Gothaer Parteiprogramms formulierte Marx diese Erkenntnis so: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als

der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.“ (MEW 23; 618) Kurz vor seinem Tode unterstrich Marx dies so: „Ich stelle umgekehrt den Kapitalist als notwendigen Funktionär der kapitalistischen Produktion dar und zeige sehr weitläufig dar, dass er nicht nur ‚abzieht‘ oder ‚raubt‘, sondern die *Produktion des Mehrwerts* erzwingt, also das Abziehende erst schaffen hilft; ich zeige ferner ausführlich nach, dass, selbst wenn im Warenaustausch *nur Äquiva-*

„eigentliche Aufgabe“, sozusagen die historische „Mission“ der „bürgerlichen Gesellschaft“, die „Herstellung des Weltmarkts“ und „einer auf seiner Basis ruhenden Produktion“ ist. (MEW 29; 360) Im Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums 1700-1910. Bd. 13, S. 208 sowie in The British Library General Catalogue of Printed Books to 1975, vol. 213, S. 371 ist notiert: „*Marx (Carl)* Zur Kritik der politischen Ökonomie. Hft. 1 pp. VIII.170 Berlin, 1859, 8°. 8206.c.1.“ Damals – z. T. bis heute – wussten die meisten Leser nicht, dass in dieser unscheinbaren Annonce der Publikationsbeginn eines wissenschaftlichen Systems mitgeteilt wurde, welches die Wissenschaft Politische Ökonomie umwälzen

sollte und mit den Worten begann: „Ich betrachte das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: *Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt.*“ (MEW 13; 7) Diese Hauptbereiche der bürgerlichen Politischen Ökonomie sollte auch jede fortschrittliche politische Meinungsbildung sachkundig berücksichtigen. Von diesem großen Plan hat Marx zu dem ersten der sechs inhaltlichen Schwerpunkte sein Werk „Das Kapital“ in drei Büchern herausgegeben bzw. als Manuskripte hinterlassen. Er selbst gab dazu zu Beginn des dritten Bandes folgende Übersicht: „Im ersten Buch wurden die Erscheinungen untersucht, die der kapitalistische *Produktionsprozess*, für sich genommen, darbietet, als unmittelbarer Produktionsprozess, bei dem noch von allen sekundären Einwirkungen ihm fremder Umstände abgesehen wurde. Aber dieser unmittelbare Produktionsprozess erschöpft nicht den Lebenslauf des Kapitals. Er wird in der wirklichen Welt ergänzt durch den *Zirkulationsprozess*, und dieser bildete den Gegenstand der Untersuchungen des zweiten Buchs. Hier zeigte sich, namentlich im dritten Abschnitt, bei Betrachtung des Zirkulationsprozesses als der Vermittlung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, dass der kapitalistische Produktionsprozess, im ganzen betrachtet, Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozess ist. Worum es sich in diesem dritten Buch handelt, kann nicht sein, allgemeine Reflexionen über diese Einheit anzustellen. Es gilt vielmehr, die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem *Bewegungsprozess des Kapitals, als Ganzes betrachtet*, hervorzurufen. In ihrer wirklichen Bewegung treten sich die Kapitale in solchen konkreten Formen gegenüber, für die die Gestalt des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozess, wie seine Gestalt im Zirkulationsprozess, nur als besondere Momente erscheinen. Die Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweis der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale auf einander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewusstsein der Produktionsagenten selbst auftreten.“ (MEW 25; 33) Engels gab im November 1894 im Leipziger „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ (S. 7208/7209) zur gleichen Problematik folgende Einführung, die hier wegen der schwer zugänglichen Quelle und zum leichteren Verständnis

des vorangegangenen Zitats beigelegt wird: „Dieses dritte Buch des Marx'schen Hauptwerks bildet den Abschluss des theoretischen Teils. Das erste Buch behandelte den Produktionsprozess, das zweite den Zirkulationsprozess des Kapitals. Nachdem somit die beiden Hauptfunktionen, worin das Kapital sich betätigt, jede einzeln und für sich in ihren Bedingungen, ihrem Verlauf und ihren Resultaten untersucht, geht der Verfasser im dritten Buch über zur Darstellung des Gesamtverlaufs des kapitalistischen Bewegungsprozesses, der beide Phasen, Produktion wie Zirkulation, als seine Momente einschließt. Wenn das erste Buch entwickelte, wie der Mehrwert *produziert* wird, und das zweite wie er *realisiert* wird, so weist uns das dritte nach, wie er *verteilt* wird. Es ist gerade die Spaltung des Mehrwerts in seine einzelnen Unterabteilungen: industrieller Profit, Handelsgewinn, Zins, Grundrente und deren Aneignung durch die verschiedenen Interessenten, worin die Gesamtbewegung des Kapitals augenfällig und als entscheidende Macht an die Oberfläche der Gesellschaft tritt. Die Gesetze dieser Spaltung und Verteilung unter Industrielle, Warenhändler, Geldhändler, Kredithändler, Spekulanten, Grundeigentümer, werden hier vom Verfasser im Einzelnen nachgewiesen, und dadurch die in den früheren Bänden nicht zur Erledigung gekommenen Fragen der Reihe nach beantwortet. Diejenigen Seiten des kapitalistischen Systems, die in den früheren Bänden unberührt blieben oder nur leicht gestreift wurden, unterliegen im dritten Buch einer eingehenden Kritik. Mit derselben Entschiedenheit, wie im ersten Buch gegenüber dem industriellen Kapital, nimmt der Verfasser hier Stellung gegenüber dem Handelskapital, dem zinstragenden und Wucherkapital, den Aktiengesellschaften, der Spekulation und der Börse, dem kleinen und großen Grundeigentum.“ Die bewusste Gestaltung bzw. Neugestaltung der Ökonomie als der Basis einer zukünftigen Gesellschaftsformation setzt also – die Entwicklung seit 1894 mit berücksichtigend – umfangreiche (auch kaufmännische) Sachkenntnis voraus; sie kann nicht mit moralisierenden Protesten oder agitatorischen Sprüchen bewerkstelligt werden. Das wichtigste innere Prinzip einer Gesellschaft, das zu meistern ist, sei also die „Arbeit“, und der „Frieden“ und seine Erhaltung das wichtigste äußere Prinzip. (MEW 17; 7) „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirk-

lichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden [kapitalistischen – E. K.] Voraussetzung. Übrigens setzt die Masse von bloßen Arbeitern – massenhafte von Kapital oder von irgendeiner bornierten Befriedigung abgeschnittene Arbeitskraft – und darum auch der nicht mehr temporäre Verlust dieser Arbeit selbst als einer gesicherten Lebensquelle durch die Konkurrenz den Weltmarkt voraus. Das Proletariat kann also nur weltgeschichtlich existieren, wie der Kommunismus, seine Aktion, nur als ‚weltgeschichtliche‘ Existenz überhaupt vorhanden sein kann; weltgeschichtliche Existenz der Individuen, d. h. Existenz der Individuen, die unmittelbar mit der Weltgeschichte [die den Weltmarkt als Basis benötigt – E. K.] verknüpft ist.“ (MEW 3; 35/36) „Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie *ad hominem* [am Menschen] demonstriert.“ (MEW 1; 385) Die große Bedeutung dieser Erkenntnis und Forderung spricht für sich.

Wenn auch sein Deutschlehrer Johann Hugo Wyttenbach am Trierer Gymnasium 1835 urteilte, dass der Abiturient Karl Marx in seinem deutschen Aufsatz zum Thema „Betrachtung eines Jünglings bei der Wahl eines Berufes“ „in ein übertriebenes Suchen nach einem seltenen, bilderreichen Ausdruck“ verfallen sei und daher die Note „Ziemlich gut [...] 2/3“ vergab, so hat Marx doch auf diese Weise gelebt: „Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind; dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Taten leben still, aber ewig wirkend fort, und unsere Asche wird benetzt von der glühenden Träne edler Menschen.“ (MEGA1 Bd. 1., 1. Halbband. Berlin 1929, S. 167 bzw. MEW 40 [=Erg.-Bd. Schriften bis 1844, Teil I]; 594).

Im Nachgang zur Lektüre der vorliegenden Übersicht oder Studienanregung könnten interessierte Leser mit drei verschiedenen Farben die Passagen markieren, in denen Aussagen bzw. Erkenntnisse (gesellschafts-)philosophischer, ökonomischer und politischer Art der neuen Weltanschauung enthalten sind.

Inhalt

Johannes Magel

Editorial Seite 1

AKTUELL

Weder Strömungspartei noch sektiererischer Haufen Seite 2

Björn Schmidt

Nichts Neues beim „Netzwerk“ Seite 4

Antrag an den 22. Parteitag der DKP Seite 5

Swetlana Ebert/Johannes Magel

2017: Heißer Herbst in Lugansk Seite 6

SCHWERPUNKT

Johannes Magel

Über Parteidisziplin Seite 9

Thomas Mehner

Handlungsfähigkeit nach kommunistischem Parteiverständnis Seite 12

Kurt Baumann

„Erneuerer“ und Parteifrage Seite 14

Jörg Högemann

Aus der Nähe betrachtet: Mayers und Listls Umtriebe Seite 17

Richard Corell

Anmerkungen zum 7. Weltkongress der KI Seite 18

200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

Eike Kopf

Nichts ist so praktisch wie eine solide Theorie Seite 21

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,

V.i.S.d.P.: Johannes Magel, 30175 Hannover

<http://www.theoriepraxis.wordpress.com>

Druck: Eigendruck

Auflage: 1.500

Der Bezug ist unentgeltlich.

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift:

Johannes Magel

Scharnhorststraße 18

30175 Hannover

E-Mail: TundP-Box@web.de

T&P erscheint einmal im Quartal. Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz ,

Spendenkonto Theorie und Praxis

BLZ: 513 500 25

IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02

SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per email an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter <http://www.theoriepraxis.wordpress.com/> verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen. Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.